

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Sagerm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößelstraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgespaltigen Kolonnenzeile 1 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **374300** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die „reinen Walzwerke“ haben am 30. September beschlossen, zu „streiken“ und zunächst die Betriebe acht Tage ruhen zu lassen. Dieser Beschluß hat klärend wie ein Gewitter gewirkt. Mit Beharrlichkeit haben die Syndikate der Eisenindustrie jeden Rückschlag und jede Abschwächung der Konjunktur zu leugnen versucht, jede Erscheinung, die auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage hinwies, wurde in das Gegenteil umgedeutet. Schon las man, daß mit der Erleichterung auf dem Geldmarkt auch der Eisenmarkt neue Belebung erfahren würde, daß der zurückgehaltene Bedarf sich bald stürmisch geltend machen werde, kurz, daß der Konjunkturrückgang nur ein häßlicher Wahn sei, der durch die Tatsachen schon in nächster Zeit widerlegt werden würde. Die so zur Schau getragenen Hoffnungen haben aber bei den Syndikaten schon seit Monaten nicht mehr bestanden, man bekundete sie aber um so lebhafter, je weniger man an sie glaubte. Das bringt das Geschäft so mit sich. Die Syndikate wollten den Konjum mit aller Gewalt herlocken, ihr Tun und Treiben war von dem Verlangen diktiert, unter keinen Umständen eine Preisermäßigung eintreten zu lassen. Noch am 19. September teilte der Stahlwerkverband der Hauptversammlung der Stahlwerkbesitzer in seinem Bericht über die allgemeine Marktlage mit, daß die Verkaufsziffern des vergangenen Monats die angespannte Beschäftigung der Werke anzeigen und nach dem vorliegenden Auftragsbestand auch bis Ende des Jahres mit derselben Beschäftigung zu rechnen ist. Demgegenüber seien die Mitteilungen der Berliner Presse von einer angeblich bevorstehenden Produktionsbeschränkung ganz unverständlich. Weiter verfiel sich der Bericht zu einer Warnung vor übermäßiger Zurückhaltung der Käufer, da die Folge eines solchen Verhaltens sich in Verlegenheit der Abnehmer im Frühjahr äußern müsse. Böllig vermieden wurde jedes Eingehen auf die Marktlage der Fertigfabrikate, die gerade in den letzten Wochen eine recht erhebliche Verschlechterung erfahren hat. Um so auffällender aber war es, daß der Verband erklärte, die Werkbesitzer und Werkleiter erblickten „in den fortgesetzt große Beunruhigung hervorgerufenen Bestrebungen, eine Änderung der Arbeits- und Lohnverhältnisse im Hüttenbetrieb hervorzurufen“, unübersehbare Konsequenzen, so daß sie nicht geneigt wären, wesentliche Engagements zu übernehmen. Dieser Bausus erweckte Kopfschütteln, da der Verband selbst über Zurückhaltung der Käufer geflagert hatte, im selben Atemzug sich aber gegen die ihm zugemutete Übernahme langjähriger Engagements wandte. Diesem zweideutigen Verhalten wurde eine Zentung gegeben, die die ganz besondere Beachtung der Arbeiterschaft verdient. Das Heranziehen der Arbeiterfrage, so wurde mit gutem Rechte gefolgert, ist von der Absicht getragen, die Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, daß durch irgend eine Bewegung der Arbeiterschaft mit einer Stockung der Beschäftigung der Stahlwerke zu rechnen sein wird. Bei den Praktiken unserer Industriemagnaten war die Annahme nicht unberechtigt, daß der Stahlwerkverband die Meinung habe, durch Provokation eines Streiks und einer sich daran anschließenden Ausperrung die anscheinend so verpönte Produktionsbeschränkung vorzunehmen. Einmal wäre damit das Mittel gegeben, die Hochkonjunkturpreise zu halten, dann aber sollte das Odium der Produktionsbeschränkung auf die Arbeiterschaft abgeleitet werden. Diese Auffassung scheint durchaus nicht haltlos, ein so raffiniertes Vorgehen sieht nicht ohne Beispiel da. Keineswegs dürfen derartige Pläne des Unternehmertums leicht genommen werden, sie müssen mindestens dazu beitragen, vor einer Überschätzung der Konjunktur durch die Arbeiterschaft zu warnen.

Schneller als der Stahlwerkverband wohl selbst gedacht hat, zeigte es sich, daß er der Entwicklung der Marktlage nicht mehr auf die Dauer trohen könne. Seine Position besetzte sich scheinbar durch die Materialabschlüsse der preussischen Eisenbahnverwaltung. Der alte Lieferungsvertrag ist bereits am 30. April dieses Jahres abgelaufen, die Verhandlungen über die neuen Abschlüsse verzögerten sich lange, da auch der preussische Fiskus bei Festsetzung der neuen Preise die Abschwächung auf dem Eisenmarkt in Rechnung gezogen wissen wollte. Der neue Vertrag über Lieferung von Schienen, eisernen Schwellen und gewissen Sorten Klein-eisenzeug läuft bis zum 1. Juli 1910, das Jahresquantum wird auf 800000 Tonnen geschätzt. Der Grundpreis des neuen Vertrags wurde für Schienen auf 120 Mk., für eiserne Schwellen auf 111 Mk. festgesetzt, während im letzten Vertrag nach Information der Frankfurter Zeitung die Preise für Schienen 112 Mk. und für eiserne Schwellen 105 Mk. betragen. Die Erhöhung stellt sich also auf 8 beziehungsweise 6 Mk. pro Tonne. Für die Vermessung der Klein-eisenzeugpreise wurden Grundzüge vereinbart, die Verständigung über die einzelnen Preise aber noch vorbehalten. Der preussische Staat zahlt also Preise, die sich etwas unter den jetzt geltenden halten, die aber nach Meinung von Kreisen des Eisenhandels höher sind, als sie durch die jetzige Konjunktur gerechtfertigt wären. Diese sowohl im Umfang als auch im Preise nicht zu unterschätzenden Bestellungen vermögen aber nicht, den durch die Abschwächung der Konjunktur entstandenen Ausfall an Aufträgen auszugleichen, denn diese Bestellungen sind normale, mit ihnen war zu rechnen, sie lagen auch in den Vorjahren vor.

Der Stahlwerkverband hat sein Festhalten an den höchsten Preisen damit begründet, daß es unbillig wäre, von ihm zu verlangen, Preissteigerungen nur in bescheidenem Maße mitzumachen, jeder Preisermäßigung aber in voller Höhe zu folgen. Diese Zu-

mutung wäre unbillig, sie ist aber dem Stahlwerkverband bisher weder von irgend einer Seite gestellt worden, noch hat der Stahlwerkverband in der Preisbestimmung besondere Zurückhaltung geübt. So sind die Preise im letzten Jahre für die A-Produkte um 15 bis 20 Mk. pro Tonne erhöht worden, zu der auch nur geringsten Preisermäßigung bewies der Verband jedoch durchaus keine Geneigtheit. Dadurch, daß die Rohstoff- und Halbzeugsyndikate aber an ihren höchsten Preisen festhielten, während die Tendenz der Fertigfabrikate ständig wuchs, ist jene Kalamität bewußt heraufbeschworen worden, die jetzt zu dem bereits erwähnten Streikbeschluß der Feinblechwalzwerke geführt hat. Wiederholt haben wir den Kampf der „gemischten“ gegen die „reinen“ Werke geschildert und dabei ausdrücklich betont, daß die Preispolitik des Stahlwerkverbandes darauf hinausläuft, die „reinen“ Werke zu vernichten oder billig aufzunehmen. Die reinen Walzwerke waren sich ihrer Aus-sichten auch bewußt und sahen nach einem Ausweg, um dem ihnen in technischer und wirtschaftlicher Beziehung überlegenem Gegner zu entgehen. Ob ihnen dieses Streben auf die Dauer gelingen wird, ist recht zweifelhaft, die geschickte Ausnutzung der augenblicklichen Situation scheint ihnen aber vorüberhand einen Erfolg zu sichern. Am 30. September beschloß eine Versammlung der Feinblechwalzwerke in Hagen, eine vorläufige Betriebseinstellung auf acht Tag vorzunehmen, und nach Abwicklung der bestehenden Bezugs- und Lieferungsverpflichtungen den Betrieb gänzlich einzustellen, falls nicht eine Besserung der Marktverhältnisse eintrete. Sie begründete ihren außergewöhnlichen Schritt damit, daß die Blechpreise in den letzten Monaten um 20 bis 30 Mk. gesunken sind, so daß bei den unveränderten Halbzeugpreisen die Produktion zum Teil nur mit Schäden betrieben werden könnte. Der Stahlwerkverband soll nun zu einem Entgegenkommen gezwungen werden. So berechtigt das Verlangen der Feinblechwerke ist, so unberechtigt ist es, daß die Arbeiterschaft die Kosten des kapitalistischen Streites zu tragen hat. Sie sind, gleichviel ob der Streik der Feinblechwerke gelingt oder nicht, die Hauptleidtragenden in diesem Kriege, der eindringlich die Gemeingefahr beweist, die in der Beherrschung einer gewaltigen Industrie durch das Privatkapital besteht. Mögen die Großindustriellen gelegentlich noch so verächtlich über das Vorgehen sprechen, dem sie übrigens geheim sehr gern fröhnen, die Produktion in ihrer Hand ist eine noch gefährlichere Spekulation, deren Gewinn und Verlust immer und immer wieder die Arbeiterschaft zu zahlen hat.

Die angeordnete Stilllegung der Feinblechwerke muß um so eher zu vermeiden sein, als der Stahlwerkverband doch in nächster Zeit vor der unumgänglichen Notwendigkeit einer Preisherabsetzung stehen wird. Doppelt unverantwortlich wäre es deshalb von beiden Seiten, wenn der Demonstrationstreik der „reinen“ Werke zur Ausführung gelangt. Der Belgische Stahlwerkverband hat nämlich eine Herabsetzung der Halbzeugpreise in nicht unbedeutlichem Umfang vorgenommen. Dieser so hervorgerufenen Veränderung der Marktverhältnisse wird sich der Deutsche Stahlwerkverband um so weniger verschließen können, als Belgien in seiner Reihe seine Produkte ins Ausland schickt. Der Belgische Verband setzte den Preis für Platinen zum Beispiel von sechs 108 Mk. auf fünf 102 Mk. herab. An diesen Ziffern läßt sich durch einen Vergleich mit den Forderungen des Deutschen Stahlwerkverbandes dessen Preispolitik gut erkennen. Von den deutschen „reinen“ Walzwerken müssen die Platinen durchschnittlich mit 115 Mk. frei Werk ohne die Aufpreise bezahlt werden. Die belgische Volkszeitung weist nun nach, daß der Stahlwerkverband Platinen frei Hafen Südwests schon zu rund 104 Mk. anbietet. Zu diesem Preisunterschied von rund 11 Mk. kommen dann noch die Frachten der fertigen Bleche bis Südwests mit etwa 12 Mk. die Tonne hinzu, so daß also zuungunsten der deutschen Blechwalzwerke ein Unterschied in den Selbstkosten der fertigen, fürs Ausland bestimmten Bleche von rund 23 Mk. besteht! Diese invidiöse Heimatspolitik wird der Stahlwerkverband wohl auch in Zukunft betreiben, doch Preiskonjunktionen an die Zulieferer verdrängen sind unausführbar. Zum 10. Oktober ist denn auch eine Sitzung des Stahlwerkverbandes einberufen; in ihr werden, wenn nicht alle Anzeichen trügen, Beschlüsse zur Herbeiführung einer Preisherabsetzung gefaßt werden. Ein Berliner Blatt, das anscheinend invidiös inspiriert worden ist, sucht den Halbzeugverbrauchern klar zu machen, daß ihre Zurückhaltung unbegründet sei, da ein Entgegenkommen des Stahlwerkverbandes gegenüber den reinen Werken sich auf alle Abnehmer, und zwar mit rückwirkender Kraft erstrecken werde. Es ist überaus wünschenswert, daß die mit diesen Ausführungen angedeutete Preisherabsetzung so schnell als möglich eintritt, da ein Anhalten des gegenwärtigen Zustandes die wirtschaftliche Spannung ohne Not verschärft.

An der Spitze der deutschen Aktiengesellschaften bei der Verteilung des Dividendenjahres steht wieder die Internationale Bohr-gesellschaft. Ihre Aktionäre erhalten wieder eine Dividende von 300 Prozent. Durch das neue Vergütung sind die Betätigung der Gesellschaft im verflochtenen Jahre gewisse Grenzen gezogen worden, so daß der Reingewinn von 14,5 Millionen Mark auf 3 Millionen zurückgegangen ist. Doch aus dem Vorjahr bestand ein Gewinnvortrag von über 6 Millionen Mark, der allein genügt, diese Dividende zu bezahlen. Der größte Teil der Aktien befindet sich im Besitz des Schaffhausenschen Bankvereins, für den die Bohr-gesellschaft eine unerlässlich Goldquelle seit Jahren war und weiter sein wird. Die Gesellschaft beschäftigt gegenwärtig in ihrer Fabrik in Erleuz 490 und auf ihren Bohrtürmen 1870 Arbeiter.

Die Perle Oberdeutschens, wie ein Vörsenblatt die oberdeutsche Vereinigte Königs- und Laurahütte in Würdigung ihrer finanziellen Erfolge titulierte, hat die Erwartung ihrer Aktionäre auch nicht enttäuscht. Die Gesellschaft verteilt wieder eine Dividende von 12 Prozent, doch der Reingewinn weist dabei eine Steigerung von 8,245 Millionen Mark auf 8,373 Millionen Mark auf, der Reingewinn beträgt 4,20 Millionen Mark. Die Gesellschaft hätte die Möglichkeit, eine weit höhere Dividende zu zahlen, doch sie nimmt

nach alter Gepflogenheit enorme Abschreibungen vor, gewaltige Neuanwerbungen, Neu- und Umbauten werden von ihr aus den Reserven bestritten. Zu diesem Jahre wurden Abschreibungen in Höhe von 4,7 Millionen vorgenommen, sie übersteigen den Reingewinn um 500000 Mk. Bei einem Aktienkapital von 27 Millionen Mark hat die Laurahütte in den letzten 15 Jahren 41,4 Millionen Mark Dividenden verteilt, zugleich erfolgten Abschreibungen in einer Höhe von insgesamt 48 Millionen Mark. Der Gewinn wäre auch in diesem Jahre noch höher gewesen, wenn nicht die russischen Werke wieder einen Zuschuß erfordern hätten. Über das laufende Geschäftsjahr berichtet die Gesellschaft, daß ihre deutschen Werke reichlich mit Aufträgen versehen sind, die ihnen angeblich bis über den Schluß des laufenden Geschäftsjahres hinaus zu lohnenden Preisen Beschäftigung gewähren.

Aus den noch zahlreichen, in unserer Berichtsperiode veröffentlichten Abschlüssen von Unternehmungen der Montanindustrie wollen wir heute nur den der Aktiengesellschaft Laurahütte herausgreifen. Die Gesellschaft bezeichnet in ihrem Bericht das abgelaufene Geschäftsjahr als das günstigste seit Bestehen des Unternehmens. Der Rohgewinn stieg von 2,63 Millionen Mark im Vorjahr auf 3,24 Millionen Mark, die Abschreibungen betragen 1,016 Millionen Mark gegen 0,812 Millionen Mark, der Reingewinn erfuhr eine Steigerung von 1,14 Millionen Mark im Vorjahr auf 1,49 Millionen Mark. Mit diesem Erfolg hat sich die Gesellschaft nicht begnügt, sie erstrebte und erlangte die blühende Krone des Schaffhausens. Nach einem Bericht des Volksblattes für Halle hat die Gesellschaft den Former Herz nach einer 33-jährigen Tätigkeit aus dem Amt geworfen. Herz war der Vorsitzende des Ausschusses des Bodwitzer Konsumvereins, er galt als äußerst gewissenhafter Arbeiter und erfreute sich nicht nur bei seinen Kollegen, sondern auch bei seinen Vorgesetzten der größten Achtung. Er hat, wie wir dem genannten Blatt entnehmen, in den langen 33 Jahren seine Arbeit wohl nicht eine Woche verjährt. Als äußerer Anlaß zu der Entlassung diente, daß Herz sich unter Bericht auf das Krankenlager zwei Tage krank gemeldet hatte und vom Krankenkontrollleur beim Ausweisen einer Stube angetroffen wurde. Dieser Akt geschah in demselben Jahre, das das geschäftlich beste seit Bestehen der Gesellschaft war!

Eine ähnliche humane Gesinnung durchzog auch die jüngsten Verhandlungen des Vereins Deutscher Werkzeugmaschinenfabrikanten. Es wurde festgesetzt, daß die Fabriken dieses Geschäftszweiges sehr gut, manche bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit noch für längere Zeit beschäftigt sind. Man warnte aber vor Erweiterung der Anlagen, da die Nachfrage nach Maschinen stets sehr wechselnd sei und vielleicht schon nach einigen Monaten so gering sein kann, daß die Fabriken nur mit Geldopfern aufrechterhalten werden können. Alsdann folgten die üblichen Klagen über die Arbeiterverhältnisse. Man „stellte einmütig fest“, wie ein Bericht mitteilt, daß „die Klagen über die Arbeiter und ihre meistens unberechtigten und übertriebenen Forderungen allgemein sind und wohl nicht verflummen werden, ehe nicht der Mangel an Arbeitsgelegenheit die Verhältnisse regelt.“ Aus dem etwas umständlichen Unternehmerdeutsch in klare Worte gebracht, bedeutet diese Kundgebung, daß das Unternehmertum von der Absicht befehle ist, bei einer schlechteren Geschäftslage die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft nach Kräften herabzudrücken.

Aus dem Gumpfe der Arbeiterbewegung.

Es. Im rheinisch-vestfälischen Industriegebiet finden seit einiger Zeit regelmäßig wiederkehrende Konferenzen von Mitgliedern evangelischer Arbeitervereine und evangelischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften statt. Auch ein Beitrag zur „Neutralität“ der christlichen Gewerkschaften! Wir möchten einmal das Geschrei der Christlichen hören, wenn auf unserer Seite etwa regelmäßige Konferenzen von Vertretern der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei zur Beratung politischer und sozialpolitischer Fragen stattfänden! Nicht daß wir ein Einvernehmen der Gewerkschaften und der politischen Partei von vornherein verwerfen; im Gegenteil, ein solches Einvernehmen kann in manchen wichtigen Fragen nicht nur nützlich, sondern auch notwendig sein. Nur daß wir dann auch so ehrlich sind, nicht die unbedingte Neutralität zu proklamieren, sondern offen zugestehen, daß bei aller Selbständigkeit der gewerkschaftlichen Organisation dennoch für uns als politische Arbeitervertretung nur die Sozialdemokratie in Betracht kommt, mit der wir in gemeinsamen Fragen zusammengehen, die wir unterstützen und deren Unterstützung wir fordern, wenn es sich um die Verteidigung der Rechte und des Wohles der Arbeiterklasse handelt. Die Christlichen aber pochen auf ihre unbedingte „Neutralität“, und doch haben sie am allerwenigsten Grund dazu. Wir wissen, woher die christlichen Gewerkschaften stammen, wer ihre Väter, Freunde und Gönner sind, und in weissen Diensten ihre Führer stehen. Und seit gar die „Christlich-nationale Arbeiterbewegung“ eingeführt hat mit dem Zwecke, die christlichen Gewerkschaften und die konfessionellen Arbeitervereine einander näher zu bringen und beide dadurch zu stärken, daß den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften vor Nicht gemacht wird, den katholischen oder evangelischen Arbeitervereinen anzugehören, und umgekehrt die Mitglieder der Arbeitervereine auch Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sein müssen, seit der Zeit sollten die Christlichen ein für allemal den Versuch aufgeben, sich als die Hüter der einzig wahren „Neutralität“ aufzuspielen. Denn die konfessionellen Arbeitervereine sind politisch durch und durch; die katholischen sind Zentrumsorganisationen, die evangelischen, die weniger gut diszipliniert sind, folgen je nach den örtlichen Verhältnissen der christlich-sozialen (Stöcker) oder der nationalliberalen Fahne. Im Westen haben in den letzten Jahren die Stöckerleute merkliche Fortschritte gemacht; man sieht und hört

ihre Abgesandten überall: in den politischen Organisationen, in den Arbeitervereinen und in den christlichen Gewerkschaften. Franz Wehrens, der Generalsekretär des Gewerbevereins christlicher Bergleute, Vorstandsmitglied der christlich-sozialen Partei, des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine, des nationalen Arbeiterwahlausschusses u. s. w., ist unermüdet für die christlich-soziale Sache tätig; er und eine Anzahl evangelischer Arbeitersekretäre christlich-sozialer Richtung veranstalten auch die Konferenzen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die weiblich im Interesse der Stöckerpartei ausgenutzt werden.

Zu der letzten dieser Konferenzen, die am 15. September in Gießen stattfand, war diesmal auch der Bochumer Verband der evangelischen Arbeitervereine eingeladen. Dieser Verband hat sich bisher den christlichen Gewerkschaften gegenüber ablehnend verhalten; er steht nämlich unter nationalliberaler Leitung. Der nationalliberale Abgeordnete Franken ist Vorsitzender des Verbandes, der nationalliberale Generalsekretär Schand in Bochum ist Redakteur des Verbandsblattes, und um den Verband vollends zu kennzeichnen, sei daran erinnert, daß er einen Vertreter zur Gründungsversammlung der vaterländischen Arbeitervereine, die zu Pfingsten in Hamburg stattfand, geschickt hatte mit dem Auftrag, den gelben Brüdern die Grüße und Glückwünsche des Bochumer Verbandes zu überbringen!

Eine noch würdigere Gesellschaft, die sich ebenfalls zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung rechnet, ist der Verband evangelischer Gesellenvereine. Dem Verband gehört etwa ein Duzend Vereine in den Städten des Industriegebietes an mit etwa 2000 Mitgliedern, wovon mehr als die Hälfte aus Meistern und kleinen Geschäftsführern besteht. Er ist eine von nationalliberaler Seite unternommene Gegen gründung zum katholischen Gesellenverein, hat diesen aber nicht entfernt an Bedeutung zu erreichen vermocht; er steht seit langen Jahren auf derselben Höhe der Mitgliederzahl, und alle Bemühungen seiner Öhmer, zu denen die nationalliberale Partei und der Evangelische Bund zählen, vermögen ihn nicht in die Höhe zu bringen. Man könnte die evangelischen Gesellenvereine nach ihrer tatsächlichen und zahlenmäßigen Bedeutung als unbedeutliche Erscheinung mit Still schweigen übergehen, wenn nicht doch der Geist, der in dieser Art Organisationen lebt, bezeichnend wäre für die, die sich nun nie bemühen und sie immer noch zur Arbeiterbewegung rechnen: wir meinen die Herren Christlichen. Deshalb sei noch einiges zur Kennzeichnung dieser Gesellenvereine gesagt.

Im Jahre 1907 fand es der Verband der evangelischen Gesellenvereine auch endlich für geraten, sich mit der Gewerkschaftsfrage zu beschäftigen. Es war das auf dem Delegiertentag in Duisburg, April 1907. Bei dieser Gelegenheit wurde der Beschluß gefaßt, daß die evangelischen Gesellenvereine, da sie in Meister und Geselle nicht nur den „Arbeitgeber“ und den „Arbeitnehmer“, sondern die Gesellenzeit als Übergangszeit vom Gesellen zum selbständigen Meister betrachten, grundsätzlich keine Stellung zur Gewerkschaftsfrage nehmen, es vielmehr den einzelnen Mitgliedern freilassen, den christlichen Gewerkschaften beizutreten oder nicht. Der Hauptredner, ein nationalliberaler Parteimann, behandelte die Frage vom politischen Standpunkt; er erklärte die christlichen Gewerkschaften für ultramontane Organisationen zum Schutze des Zentrums, dem sich die Christlich-sozialen als Schleppenträger angeschlossen hätten. Den christlichen Gewerkschaften könne sich schon deshalb kein evangelischer Arbeiter anschließen, weil das Zentrum es an nationaler Gefinnung fehlen lasse. Der folgende Redner behandelte die Sache vom wirtschaftlichen Standpunkt. Es war dies, wie das Verbandsorgan hervorhebt, der alte Handwerkermeister, Vorsitzender der Handwerkskammer, Schlußmachermeister Wehstorf (Walthelm a. Ruhr). Von seinen Ausführungen sei folgendes wiedergegeben:

„Ich erachte es für ein Übel, wenn sich Handwerksgejellen, die die Absicht haben, einmal selbständige Meister zu werden, den Gewerkschaften anschließen, da diese vielfach zu politischen Zwecken mißbraucht werden und sich zum Teil sogar im Schleppen der Sozialdemokratie befinden. Der Fabrikarbeiter mag es sich gefallen lassen, als ein Teil der großen Arbeitsmaschine behandelt zu werden, wogegen der gelehrte Arbeiter vermöge seiner Berufsstellung und seiner subjektiven Absonderlichkeit im wirtschaftlichen Leben doch auf einer höheren Stufe steht. Ein Übel ist es daher, im Handwerksbetrieb die Lohnfrage u. s. w. nach Art der Gewerkschaften regeln zu wollen, da im Handwerksbetrieb Leistung, Alter und Jüwendigkeit anders zu bewerten sind als im Fabrikbetrieb.“

Der Redner schloß seine Ausführungen, deren Sinnlosigkeit wohl nicht erst nachgewiesen zu werden braucht, mit der Mahnung an die Gesellen, nicht zu vergessen, daß ihre Lehr-, Lehrling- und Gesellenjahre nur eine notwendige Vorbereitung zum Meisterstand seien, und daß die Kirche, die man heute den Meistern anreihen wolle, später auch den Gesellen auf die eigenen Schultern falle. Das Verbandsblatt fügt in seinem Bericht hinzu, daß diese Ausführungen den „angezeigten Beifall der Delegierten“ fanden, und aus eigenem Bewußtsein: „Das Handwerk von heute, das von allen Seiten bedrückt ist und nach allen Seiten den Kampf um's Dasein führen muß, es kann eine weitere Belastung, wie sie unzweifelhaft durch die gewerkschaftliche Organisation der Gesellen herbeigeführt würde, nicht mehr ertragen, und kein Handwerker, der noch einen Funken Ehrgeiz und Liebe für sein Handwerk besitzt, sollte einen Finger geschwänge eine Hand dazu bieten, seinen eigenen Stand noch mehr zu bedrücken.“

Das wird, wohl verstanden, geradezu gefährlich und bedrohlich in einer Gesellschaft, die sich durch ihre Kameraden als Arbeiterorganisation bezeichnen. Politische Parteimänner und geschäftliche Unternehmern führen dort das Wort, und jener Arbeiter darin vertreten sich, lassen sie sich von den interparteiischen Machern der Politik und des Profits über den Kopf haarküssen. Das, was in dem Verband evangelischer Gesellenvereine geschieht, zeigt nicht verkannt da, es geht in den laienhaften Arbeitervereinen, wenn deren Führer sich der jeweiligen Lage auch etwas geschickter anpassen wollen, nicht viel anders zu. Der Kampf in der heutigen Arbeiterklasse ist auch groß und tief; es wird von anderer Seite noch viel Mähe kosten, ihn auszuprotzen.

Die Schwarzwälder Uhrenindustrie und ihre Arbeiter.

S. L. Wie auf fast allen Gebieten hat sich auch in der Schwarzwälder Uhrenindustrie in den letzten Jahrzehnten eine gewaltige Umwälzung vollzogen. Die Produktion jener charakteristischen Gebälke, die die Schwarzwälder Uhren auszeichnen, hat heute zu Tausenden von Stück im Jahre im Dienste des Handels stehen. Nur einigen wenigen ist es gelungen, sich auf den Export ihrer Waren in die Höhe zu heben, und in deren Besitz befindet sich auch die gesamte Produktion der Uhrenindustrie. Infolge der gewaltigen Zunahme der Produktion und der Konkurrenz der Fremdländer haben wir heute allenthalben auf dem Schwarzwälder Gebiet eine große Zahl von Arbeiter, die heute mit den modernsten technischen Hilfsmitteln täglich des handwerklichen und kunstgewerblichen Erzeugnis ausgeben. In Folge der Umwälzung, die die ganze Schwarzwälder von Anfang bis zu Ende in allen Teilen herbeiführt und fortwährend, ist die unglücklichste Schicksal getroffen. Mit dem weltumspannenden „Kampfer“ und der „Uhrmacher“ arbeitet die heutige Uhrenindustrie. Gerade von kleinen und mittleren selbständigen Erzeugern sind durch einzelne Großbetriebe verdrängt und aufgegeben

worden, der Kleinbetrieb fristet nur noch in der Herstellung von Bestandteilen u. s. w. ein bescheidenes Dasein. Aber nicht nur in bezug auf die Zahl und Größe der Betriebe und die technische Entwicklung ist eine gewaltige Änderung eingetreten, sondern auch die Art der erzeugten Produkte hat sich bedeutend verändert. Man verfertigt gegenwärtig auf dem Schwarzwald nicht nur alle Sorten Uhren, mit Regulateure, Weckeruhren, Jahresuhren, Kontrolluhren, Lauf- und Zählwerke und deren Bestandteile, sondern täglich werden neue Produktionszweige eingeführt. Eine Reihe von Betrieben befaßt sich heute schon mit der Herstellung von Wassermetern, Logometern, Phonographen, Grammophonen, Photographierapparaten und elektrotechnischen Artikeln. Und noch ist die Entwicklung nicht abzusehen. Eine Anzahl Firmen vergrößern durch Um- und Neubauten fortwährend ihre Betriebe und räumen mit veralteten Produktionsmethoden auf.

Die Uhrenindustrie wirkt auch ganz schöne Gewinne ab. Soweit Bericht über Jahresabschlüsse von Aktiengesellschaften vorliegen, beweisen sie, daß man nicht nur eine „angemessene“ Dividende verteilen konnte, sondern daß neben ganz bedeutenden Abschreibungen und Vortrag auf neue Rechnung auch die so „mühevoll“ Tätigkeits der Direktoren und Aufsichtsräte ganz anständig honoriert werden konnte. So ergibt der Rechnungsabluß der Vereinigten Uhrenfabriken (vormals Jungheans) in Schramberg, daß bei einem Aktienkapital von sechs Millionen Mark für das Jahr 1906 ein Reingewinn von 663377 Mk. erzielt wurde; für die Stammaktien konnte eine Dividende von 7 Prozent in der Gesamtsumme von 420000 Mk. verteilt werden; für Abschreibungen wurde die Summe von 344 979 Mk. und als Vortrag auf neue Rechnung 72517 Mk. eingest. Das bedeutet bei einer Arbeiterzahl von rund 1800, daß im Rechnungsjahr 1906 aus jedem dieser 1800 Arbeiter (Männer, Frauen und jugendliche Arbeiter inbegriffen) die Summe von 368 Mk. an Reingewinn erzielt wurde. Das ist ein Geschäft! Und ähnlich ist das Verhältnis bei den anderen Betrieben. Die Hamburg-Amerikanische Uhrenfabrik (vormals Landenberger) in Schramberg konnte eine Dividende von 9 Prozent, zusammen 135000 Mk., verteilen und Abschreibungen in der Höhe von 152347 Mk. vornehmen. Wenn man in die Summe von 78352 Mk., die als Lantien von den Vereinigten Uhrenfabriken (vormals Jungheans) in Schramberg an die Direktoren und Aufsichtsräte verteilt worden ist, die Zahl der dafür von diesen Herren geleisteten Arbeitsstunden und die Teilnehmer an den notwendigen Sitzungen dividieren würde, dürfte jedenfalls ein schöner Stundenlohn herauskommen. Ein Stundenlohn, für den die „unzulieferlichen“ und „begehrlichen“ Arbeiter jedenfalls monatlang arbeiten müßten. Dafür ist die Tätigkeit der Herren Direktoren und Aufsichtsräte aber um so „anstrengender und aufreibender“. Was für die Aktiengesellschaften gilt, dürfte zweifellos auch für die Unternehmer der Uhrenindustrie gelten, die ihre Betriebe noch nicht in Aktiengesellschaften umgewandelt haben.

In ungeheurerem Verhältnis zu den auskömmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Fabrikanten der Uhrenindustrie ist die soziale Lage der Uhrenarbeiter. Vor einiger Zeit sind durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband im Gebiet der Schwarzwälder Uhrenindustrie Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Uhrenarbeiter angestellt worden, die ein betrübendes Bild der Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Arbeitergruppen geben. Leider hat die Beteiligung an dieser Statistik nicht in dem Maße stattgefunden, wie es im Interesse der Sache wünschenswert gewesen wäre. Die Gründe liegen zum Teil in dem mangelnden Verständnis einer großen Zahl Arbeiter für den Wert statistischer Erhebungen. Vieles ist auch jolchige Scham die Ursache, die niedrigen Löhne anzugeben, und in vielen Fällen fürchten heute noch die Arbeiter bei den Untersuchern anzuklopfen, wenn sie sich an solchen Erhebungen beteiligen. Es ist aber auch mitgeteilt worden, daß man die Arbeiter dadurch an der Beteiligung der Statistik ferngehalten wurde, daß man das Gehalt ausreichte, die gemessenen Zahlen würden der Steuerbehörde mitgeteilt. Auf demartige Manöver fallen leider noch viele Arbeiter herein und es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn die Beteiligung keine größere ist. Trotzdem geben die gemessenen Zahlen einen wertvollen Einblick in die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Lebensverhältnisse der Uhrenarbeiter des Schwarzwaldes. Im ganzen erfaßt sich die Statistik auf sieben Orte, es wurden von den Erhebungen 34 Betriebe, die zusammen 7061 Arbeiter beschäftigen, erfaßt. Ganzes Aufschluß über die Zahl der beteiligten Betriebe in den einzelnen Orten, die davon beschäftigten Arbeiter und den Stand der Organisation in den einzelnen Orten gibt folgende Zusammenstellung:

Ort	Zahl der Betriebe						Zahl der Arbeiter			
	erfaßt	erfaßt	erfaßt	erfaßt	erfaßt	erfaßt	erfaßt	erfaßt	erfaßt	erfaßt
Furtwangen	7	706	185	43	933	260	75	95	—	—
Gütenbach	1	165	35	5	205	51	—	65	—	—
St. Georgen	3	329	55	25	412	50	12	—	1	—
Schramberg	2	1400	480	720	2600	312	240	250	68	—
Schwenningen	10	1174	344	629	2147	676	300	1	—	—
Trüben	4	251	71	19	371	206	50	73	—	—
Willingen	4	265	86	59	418	147	60	114	—	—
Zusammen	34	4322	1256	1508	7061	1931	737	508	66	—

Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß 4322 = 61 Prozent aller in den einzelnen Betrieben beschäftigten Personen männliche Personen sind, 1256 = 17,8 Prozent sind Arbeiterinnen, und der Rest von 1608 = 21,2 Prozent sind jugendliche Arbeiter. Es ist also ein ziemlich hoher Prozentsatz jugendlicher Arbeiter in der Uhrenindustrie beschäftigt. Der Stand der Organisation hat sich gegenüber einer im Jahre 1906 angestellten Statistik erheblich verbessert. Während damals festgestellt wurde ist, daß in Deutschen Metallarbeiter-Verband zusammen auf dem ganzen Schwarzwald 210 und in Deutschen Holzarbeiter-Verband 210 Arbeiter organisiert waren, sind heute im Deutschen Metallarbeiter-Verband 1931, in den deutschen freien Gewerkschaften 737 (hier nur bemerkt werden, daß diese Arbeiter in der Hauptsache im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisiert sind), im „Kampfer“ Metallarbeiter-Verband 598 und in den fünf Deutschen Gewerkschaften 65 Arbeiter organisiert. Von den 5576 erwachsenen männlichen und weiblichen Personen gehören also 3332 gleich 59,7 Prozent der Organisation an. Als abschließend ist auch noch dieser Organisationsstand nicht zu bezeichnen, denn noch haben Tausende von Arbeitern außerhalb der Organisation. Zweifellos ist das Verhalten der Unternehmer bei der letzten Ausbreitung der Uhrenarbeiter auf diesen Umstand geringschätzig. Die Herren würden einen ganz anderen Standpunkt einnehmen, wenn sie sich sagen müßten, die Arbeiter sind vollständig über die Organisation hinweggezogen. Hier ist der Fehel anzusehen, wenn die Uhrenarbeiter in absehbarer Zeit Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen wollen.

Über die Dauer der Arbeitszeit haben die Erhebungen folgendes ergeben: Die tägliche Arbeitszeit beträgt in 11 Betrieben mit 361 Arbeitern 9 1/2 Stunden = 3134 = 10 Die wöchentliche Arbeitszeit dagegen ist verschiedenartig; sie beträgt: in 11 Betrieben mit 3247 Arbeitern 56 Stunden = 5 = 56 in 7 = 615 = 56 1/2 in 1 = 600 = 59 1/4 in 10 = 368 = 60

Die 3 1/2-tägige Arbeitszeit pro Tag mit 60 Stunden die Woche ist in Schwenningen und in einem Betrieb (Vereinigte Uhrenfabriken Jungheans) in Schramberg eingeführt. In den übrigen Orten und Betrieben ist allgemein die gewöhnliche tägliche Arbeitszeit die Regel und es bedarf fast der ungewöhnlichen Arbeitstunnen nur deswegen, weil aus dem Grunde entweder ein einzelner eine halbe oder eine ganze Stunde früher Arbeitsbeginn ist. Es haben 4 Betriebe in Furtwangen und 1 Betrieb in Willingen die 6-tägige Arbeitsweise, 3 Betriebe in Furt-

wangen, 1 Betrieb in Trüben und 3 Betriebe in Willingen arbeiten 5 1/2-tägig die Woche. Dann wird in 1 Betrieb (Hamburg-Amerikanische Uhrenfabrik Landenberger) in Schramberg 9 1/2 Stunden gearbeitet, für alle übrigen Orte und Betriebe beträgt die wöchentliche Arbeitszeit nicht die Rede. Pausen sind in den Betrieben der Uhrenindustrie außer der Mittagspause, die in einer Anzahl Betriebe 1 1/2-tägig, in den anderen einfindig ist, nicht eingeführt. Die längere Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden pro Tag wurde im vorigen Jahre in Schwenningen durch Verlängerung der Mittagspause infolge des einheitlichen Vorgehens der Arbeiter erzielt. Und soweit bekannt, haben die Fabrikanten davon nicht den geringsten Schaden.

Als Lohnsystem besteht in der weitest großen Zahl der Betriebe Lohn und Akkord zu gleicher Zeit, das heißt ein und derselbe Arbeiter arbeitet teils in Lohn und teils in Akkord. Das Verhältnis ist folgendes: In 28 Betrieben wird in Lohn und Akkord gearbeitet, in 2 Betrieben besteht nur Lohnarbeit und in 4 der beteiligten Betriebe wird nur in Akkord gearbeitet. Die Akkordarbeit ist also in der Uhrenindustrie die Regel. Jedoch ist von getragenen Akkordverhältnissen keine Spur vorhanden. Der Arbeiter hat möglichst wenig oder gar nichts und der Unternehmer oder dessen Beauftragter alles zu bestimmen. Es bestehen wohl in einer Reihe Betriebe sogenannte feste Akkordpreise, jedoch können sich die Arbeiter nur in wenigen Betrieben vor Beginn der Arbeit über die Preise informieren und es wird der vereinbarte Stundenlohn in den wichtigsten Fällen garantiert. Daß dadurch der Wille und dem Günstlingswesen Vorhub geleistet ist, liegt auf der Hand. Es wird deshalb vielfach darüber geklagt, daß die guten und die schlechtbezahlten Akkorde einseitig vergeben werden, so daß ein und derselbe Arbeiter immer die gutbezahlten und der andere nur die schlechtbezahlten erhält und infolgedessen die Verdienste auch bei festen Akkordpreisen stark einträchtig werden. Auf der anderen Seite trägt ein solches System aber auch nicht zur Stärkung der moralischen Qualitäten der Arbeiter und der Vorgesetzten bei.

Die wichtigste Frage für die Uhrenarbeiter ist die Lohnfrage, oder besser gesagt die Verdiensthöhe. Die Verdiensthöhe ist für die Uhrenarbeiter nicht allein deshalb wichtig, weil davon ihre materiellen und sonstigen Interessen abhängen, sondern weil von den Unternehmern während und nach der Aussperrung in der verlogenen Art mit den „hohen“ und „höchsten“ Löhnen der Uhrenarbeiter operiert worden ist. Eine Menge von Druckerchwärze wurde in Form von spaltenlangen Inseraten, Veröffentlichungen u. s. w. verschwendet, um „nachzuweisen“, wie hoch und gut die Uhrenarbeiter verdienen. Aber daß man das nachfolgende getan und eine eingehende Lohnstatistik veröffentlicht hätte, das ist den Uhrenfabrikanten nicht eingefallen. Selbstverständlich hätte eine solche Statistik nur dann Wert gehabt, wenn man die erzielten Verdienste aller Arbeiter aus den Lohnbüchern ausgezogen und veröffentlicht hätte. Hätte man das aber getan, so wäre damit ja der Beweis erbracht worden, wie außerordentlich niedrig die Verdienste der Arbeiter der Uhrenindustrie sind und damit wäre dann die Berechtigung der Forderung einer durchgreifenden Lohnherabsetzung bewiesen gewesen. Die Unternehmer haben deshalb auch nur die Löhne einzelner Arbeiter in ganz demagogischer Weise ausgespielt. So wurden zum Beispiel jahrelang festschwebende Akkordüberschüsse, zurückgehaltene Löhne (die der Kolonnenführer auslegen mußte), als „Verdienst“ von acht oder vierzehn Tagen ausgegeben und mit solchen Jongleurstücken beim fatten Spektakel der „Begehrlichkeit“ der Arbeiter demonstriert. Wie niedrig die Verdienste der Uhrenarbeiter sind, hat unsere Statistik klipp und klar ergeben. Nachstehende Übersicht über Alter und Durchschnittsverdienste beweist, was an den „hohen“ und „höchsten“ Löhnen der Uhrenarbeiter ist.

Ort	Zahl der Betriebe		Im Durchschnitt		Es verdienen		
	erfaßt	erfaßt	erfaßt	erfaßt	erfaßt	erfaßt	
Furtwangen	2	150	48	31,1	16,94	21	27
Gütenbach	1	130	122	33,8	16,35	65	57
St. Georgen	5	675	149	27,3	19,08	67	82
Schramberg	4	1881	547	29,7	20,34	257	280
Schwenningen	10	2157	755	26,3	20,64	316	439
Trüben	3	283	98	30,1	21,90	57	41
Willingen	4	351	76	31,1	16,41	30	48
Zusammen	29	6627	1795	28,4	20,32	874	921

Diese Zahlen ergeben zunächst, daß es sich bei den an der Statistik beteiligten Arbeitern nicht etwa um jugendliche oder in der Mehrzahl ältere Arbeiter handelt, sondern um Leute, die auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit stehen. Das Durchschnittsalter schwankt zwischen 26,3 Jahren in Schwenningen und 33,8 Jahren in Gütenbach und beträgt für alle Beteiligten 28,4 Jahre. Die beteiligten Arbeiter befinden sich also durchweg im schönsten Alter. Wenn weiter berücksichtigt wird, daß sich in der Hauptsache die organisierten Arbeiter an unserer Lohnstatistik beteiligten und daß es eine bekannte Tatsache ist, daß die organisierten Arbeiter in der Regel die ausgewerktesten und intelligentesten und infolgedessen auch die tüchtigsten und leistungsfähigsten sind, so kann ruhig behauptet werden, die Verdienste der Arbeiter, die sich an der Statistik nicht beteiligten, sind so niedrig, daß der Durchschnittsverdienst aller Arbeiter noch bedeutend niedriger ist, als sich das aus unserer Statistik ergibt. Zu beachten ist ferner, daß nur männliche Personen an dieser Lohnstatistik beteiligt sind, da wegen geringer Beteiligung der Arbeiterinnen deren Verdienste vollständig ausgeschlossen wurden. Um aber dem Einwand zu begegnen, wir berücksichtigen nur die Durchschnittslöhne der Uhrenarbeiter und nicht auch die tatsächlichen Verdienste der einzelnen, verweisen wir auf nachstehende Tabelle:

Ort	Zahl der Arbeiter, die Angaben über ihre Verdienste machten	Zahl der Verdienste						D. Durchschnittsverdienst pro Woche
		unter 15	15-19	19-21	21-24	24-27	über 27	
Furtwangen	43	16	10	7	9	4	2	16,94
Gütenbach	122	46	41	28	5	2	—	16,35
St. Georgen	149	22	30	45	38	7	7	19,08
Schramberg	547	65	100	96	153	71	42	20,34
Schwenningen	755	142	99	133	213	110	58	20,64
Trüben	98	7	19	31	17	15	11	21,90
Willingen	76	28	7	11	15	12	3	16,41
Zusammen	1735	346	306	351	450	219	123	20,32

Sind schon die durchschnittlichen Verdienste, wie aus vorstehenden Zahlen hervorgeht, als sehr niedrig zu bezeichnen, so bestätigen dies ebenso deutlich die einzelnen Zahlen über die Verdiensthöhe. Mehr als 1000 von 1795 an der Statistik über die Verdienste beteiligten Arbeitern verdienen nur bis zu 21 Mk. Darunter sind noch 346, die weniger als 15 Mk. die Woche verdienen. Welches Bild von Glend und Not resultiert aus diesen Zahlen!

Aber auch die Durchschnittsverdienste, die zwischen 16,35 Mk. in Gütenbach und 21,90 Mk. in Trüben schwanken, sind als durchaus unzureichend zu bezeichnen. Trotz der von einzelnen Arbeitern auch neben der Arbeit in der Fabrik betriebenen Landwirtschaft, bedeuten diese geringen Verdienste nichts anderes als permanente Unterernährung. Und da wollen die Fabrikanten der Uhrenindustrie sich noch als die gekanntesten Leberwurst aufspielen, wenn ihnen gesagt wird, sie bereichern sich an der Arbeitskraft ihrer Arbeiter. Auf der einen Seite bei geringer Leistung hohe Dividenden und Lantien für die Aktionäre, Direktoren und Aufsichtsräte, auf der anderen bei möglicher Ausnutzung der Arbeitskraft Hunger und Entehrung und niedrige Löhne für die Arbeiter. Die Statistik ergibt, daß bei den Vereinigten Uhrenfabriken (vormals Jungheans) in Schramberg ein Durchschnittsverdienst von 20,30 Mk. bei der Hamburg-Amerikanische Uhrenfabrik (Landenberger) 20,96 Mk. pro Woche erzielt wird. Sind diese Verdienste als ausreichend zu bezeichnen? Nein, und abermals nein!

Vor einiger Zeit sind in der Halbmonatschrift Der Arbeitsmarkt, herausgegeben von Dr. Jastrow in Berlin, die neuesten Berechnungen über die Kosten für den Aufwand der notwendigen Lebensmittel erschienen. Bekanntlich berechnet Dr. Jastrow für eine vierköpfige Familie (Mann, Frau und zwei Kinder) die dreimalige Ration des deutschen Marinevolkstraten als notwendigen Bedarf. Nach diesen Berechnungen betrug der Aufwand hierfür im Jahre 1906 die Woche 21,98 Mk., im Jahre 1907 ist der Betrag von 21,98 auf 23,01 Mk. gestiegen oder pro Jahr auf 1196,52 Mk. Das ist eine Steigerung nur für den notwendigen Bedarf an Lebensmitteln allein um 133,64 Mk. im letzten Jahre oder um rund 13 Prozent. Es verdienen also die Arbeiter der beiden größten Firmen der Schramberger Uhrenindustrie nicht einmal so viel oder besser gesagt um 2,02 Mk. weniger, als sie notwendigerweise für Lebensmittel allein ausgeben sollten. Wo soll dann der Arbeiter die Mittel hernehmen, um die Ausgaben für Kleider, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und alle sonstigen Bedürfnisse des Lebens zu bestreiten? Aber danach fragen die Unternehmer gar nichts, die Hauptsache ist, daß die Dividenden und die Aktien im Werte steigen, mögen die Arbeiter dabei auch zugrunde gehen.

Es könnte vielleicht die Behauptung aufgestellt werden, daß dadurch, weil alle Arbeitergruppen zusammengeworfen wurden und "nach" die Durchschnittsverdienste berechnet worden sind, sich ein unfares Bild ergibt. Die gelehrten Arbeiter, könnte behauptet werden, verdienen in der Uhrenindustrie "schönes Geld". Wie sieht es denn damit aus? Folgende Zahlen geben darüber Auskunft:

Ort	Der Durchschnittsverdienst beträgt pro Woche Mark für			
	Mechaniker	Uhrmacher	Hilfsarbeiter	Verschiedene*
Gürtelwagen	22,85	19,15	13,81	20,85
Güntenbach	21,20	17,18	15,28	—
St. Georgen	22,73	18,36	16,95	—
Schramberg	26,36	21,73	18,59	21,49
Schwenningen	24,11	22,23	17,70	23,34
Triberg	28,33	21,—	19,01	22,42
Willingen	26,55	17,51	15,69	23,66
Zusammen	24,68	20,96	17,49	22,69

* Unter verschiedenen Berufen befinden sich in der Hauptsache Metallbrüder, Schleifer und Polierer.

Daraus ergibt sich, daß die Durchschnittsverdienste für Mechaniker, die am besten bezahlte Arbeitergruppe der Uhrenindustrie, zwischen 21,20 Mk. in Güntenbach und 28,33 Mk. in Triberg schwanken. Im Durchschnitt verdienen die Mechaniker in der Uhrenindustrie 24,68 Mk. die Woche. Statistische Erhebungen in der mechanischen Industrie in Stuttgart Ende 1905 haben für die Mechaniker in Stuttgart einen Durchschnittsverdienst in der Woche 32,58 Mk. ergeben. Mitte 1907 verdienen die Mechaniker in der Uhrenindustrie 7,90 Mk. die Woche weniger, als die Arbeiter der nämlichen Arbeitergruppe 1905 in Stuttgart verdienten. Dabei wird aber von den Arbeitern das unerschöpfliche an Arbeitsleistung verlangt und in der Uhrenindustrie durchweg Qualitätsarbeit hergestellt. Noch schlechter stellen sich die übrigen Berufsgruppen: 20,96 Mk. wöchentlich Durchschnittsverdienst für Uhrmacher und 17,49 Mk. für Hilfsarbeiter. Die übrigen Berufe der Uhrenindustrie, wie: Metallbrüder, Schleifer, Polierer u. f. w. sind zusammengerechnet worden und es ergibt sich für diese ein Durchschnittsverdienst von 22,69 Mk. die Woche. Um aber auch den Schwenninger Fabrikanten jede Möglichkeit zu nehmen, daß sich einer auf den anderen berufen und eventuell behaupten könnte, dieser oder jener bezahle bedeutend besser, und um den Arbeitern zahlenmäßig nachzuweisen, wie es in Wirklichkeit mit den "hohen" und "höchsten" Löhnen der Schwenninger Unternehmer aussieht, dient nachstehende Zusammenstellung:

Name des Betriebes	Der Durchschnittsverdienst beträgt pro Woche Mark für			
	Mechaniker	Uhrmacher	Hilfsarbeiter	Verschiedene*
Galler, Th. G.	24,—	22,54	17,14	25,40
Galler-Schlenker	—	—	17,66	—
Jäckle, Joh.	24,33	—	20,86	21,92
Mauthe	23,63	22,—	15,07	23,87
Reinhardt & Maier	25,—	—	—	—
Schlenker, Johs.	23,68	—	16,44	20,50
Schlenker-Grufen	23,15	23,77	21,11	—
Schlenker-Kienle	23,45	22,16	17,64	21,08
Verein Uhrenfabriken	25,57	20,94	18,36	25,66
Württ. Uhrenfabrik	25,50	21,93	22,91	—
Zusammen	24,11	22,23	17,70	23,34

* Unter verschiedenen Berufen befinden sich in der Hauptsache Metallbrüder, Schleifer und Polierer.

Der höchste Durchschnittsverdienst, der erreicht wurde, beträgt für Mechaniker in den Vereinigten Uhrenfabriken in Schwenningen ganze 25,57 Mk. Also das sind die höchsten Verdienste der Schwenninger Uhrenarbeiter! Was bedeutet es denn, wenn einige wenige etwas über diese Durchschnittsverdienste kommen? Dafür verdienen die meisten Arbeiter um so und so viel weniger. Konnte doch schon bei Bezahlung und Gegenüberstellung der Verdienste und Haushaltungskosten der Uhrenarbeiter des Schwarzwaldes anlässlich der Erhebungen, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1898 vornahm, konstatiert werden, daß der größte Teil der Arbeiter am Jahresabschluss Defizit gemacht hatte. Auch Dr. Feurstein weist in seiner Broschüre 1905 das gleiche nach, um wie viel mehr trifft das heute zu. Da aber die Arbeiter ihr Defizit nur durch Einschränkung ihrer Lebenshaltung decken können, so haben die Uhrenarbeiter, statt durch die in den letzten Jahren anhaltende gute Konjunktur sich zu verbessern, ganz wesentlich verschlechtert. Und da wagen die Fabrikanten noch von unberechtigten Forderungen zu reden, wenn die Arbeiter als Ausgleich für die uns maßlose gestiegenen Preise aller notwendigen Bedarfsartikel höhere Löhne oder Akkordverdienste verlangen.

Ebenso rückständig wie die Verdienste sind heute noch vielfach die in der Uhrenindustrie bestehenden Lohnzahlungsperioden. In mehr als der Hälfte der vor der Statistik erfaßten Betriebe ist die Periode für die Lohnzahlung länger als eine Woche. In 2 Betrieben wird vierwöchentlich, in 16 Betrieben aller 14 Tage ausbezahlt. Nach Ansicht jedes Einsichtigen ist der Arbeiter der letzte, der dem Unternehmer Kredit geben kann; nichts anderes bedeutet aber die langfristigen Lohnzahlungsperioden, als eine Art Kreditgewährung der Arbeiter an den Unternehmer. Ganz abgesehen davon, daß das lange Warten auf die Auszahlung des Verdienstes das so schädliche Pumpsystem begünstigt und eine Reihe weiterer Schäden für die Arbeiter im Gefolge hat. Die rückständige Zahlung der Schramberger Unternehmer, die, als die Arbeiter vor circa 2 Jahren die Einführung des achtägigen Zahltags wünschten, dies glatt ablehnten und wobei sie von den Mitgliedern des Hirsch-Duncker'schen Gewerkevereins nachdrücklich unterstützt wurden, ist wohl noch in aller Erinnerung.

Zu der Sorte vorantastlicher Einrichtungen zählt auch das noch in der Uhrenindustrie im Schwange sich befindliche Strafsystem. Mit Ausnahme einiger kleiner Betriebe sind überall noch die rigorossten Strafbestimmungen vorhanden. Es wird bestraft wegen verdoberter Arbeit, Reparaturen u. s. w. Der Unternehmer oder dessen Angestellte sind bei diesem Strafsystem Richter und Richter in einer Person. Reklamationen über zu Unrecht verhängte Strafen haben in den meisten Fällen wenig oder gar keinen Erfolg. Daß ein solches Verfahren geeignet ist, Verbitterung unter den Arbeitern hervorzurufen, ist doch ganz klar. Aber trotzdem wird an diesem entwürdigenden System festgehalten.

Auch die hygienischen und sanitären Zustände und Einrichtungen in den meisten Betrieben der Uhrenindustrie lassen sehr viel zu wünschen übrig. Wenn auch über die Beleuchtung im allgemeinen keine Beschwerden erhoben werden, so ist doch die Heizung in vielen Betrieben nicht auf der Höhe der Zeit. Zur Heizung

werden meist schlecht funktionierende Öfen verwendet, wodurch viel Gestank und Rauch verursacht wird, ohne eine rationelle Heizung zu ermöglichen; aber auch bessere Heizungsrichtungen, wie Dampfheizungen, erfüllen oft wegen ungeeigneter Anlage nicht ihren Zweck. Zu den meisten Klagen aber gibt mit wenigen Ausnahmen die "Ventilation" Veranlassung. Ventilationsrichtungen fehlen entweder ganz oder sie sind durchaus unzureichend und funktionieren nicht. In manchen Betrieben dient ein vorhandener Ventilator nur zur Dekoration, damit, wenn der Fabrikinspektor kommt, man darauf hinweisen kann. Damit ist jedoch der Arbeiter zur Erhaltung ihrer Gesundheit nicht gebietet. Die Unternehmer nehmen aber darauf keine Rücksicht, wenn derartige Dinge dann nicht passen, für den hat nach ihrer Ansicht der Zimmermann das Koch gemacht. Nicht einmal die Hälfte der von der Statistik erfaßten Betriebe hat genügende Wasch- und Ankleideräume. Auch die Behandlung läßt in vielen Fällen mehr als alles zu wünschen übrig. Schimpfworte sind bei manchem Unternehmer und seinen Angestellten an der Tagesordnung. Das Studium von Knigge Umgang mit Menschen wäre manchem dieser Herren dringend zu empfehlen.

Alles in allem beweisen unsere Erhebungen, daß eine Verbesserung der Lage der Uhrenarbeiter eine dringende Notwendigkeit ist. Auf fast allen Gebieten wäre die bessere Hand anzulegen. Aber daran ist mit Aussicht auf Erfolg so lange nicht zu denken, als eine so große Zahl Arbeiter sich außerhalb der Reihen der organisierten Arbeiterkraft stellt und damit dem Unternehmertum Handlangerdienste leistet. Die Arbeiter der Uhrenindustrie müssen eben genau so, wie ihre Arbeitsbrüder andernorts, begreifen lernen, daß einzig und allein in ihrer Einigkeit und ihrem Zusammenschluß ihre Macht liegt. Wer unter den heutigen Verhältnissen außerhalb der Organisation steht, stärkt damit die an sich schon zu starke Position der Unternehmer und ist ein Hindernis, Verbesserungen für die Arbeiter zu erzielen. Das Unternehmertum aber bietet alles auf, die Arbeiter zu entzweien und Mißtrauen in ihre Reihen zu säen. Die Unternehmer wissen ganz genau: solange es ihnen möglich ist, die Arbeiter auseinander- und der Organisation fernzuhalten, solange besteht für sie nicht die Gefahr, daß ihre Gewinne geschnitten werden und daß sie unumwunden schalten und walten können, wie es ihnen beliebt. Und deshalb verdächtigt man die Führer der Arbeiter mit den schätzigsten Mitteln und deshalb ist man daran, die Arbeiter mit Danaergeschenken in Form von Wohlfahrtsrichtungen zu ködern. Ebenso macht man ja auch den Versuch, "gelbe Gewerkschaften" zu gründen, um durch Zusammenfassung aller Gutevolle die ordentlichen Arbeiter zu entziehen. Arbeiter des Schwarzwaldes! Laßt euch nicht betören von diesen falschen Freunden, sondern schart euch zusammen um das Banner der Organisation. Dann wird es nicht nur möglich sein, den Herrschaftspunkt der Unternehmer zu brechen, sondern auch andere Zustände in der Uhrenindustrie herbeizuführen. Erinnerung! wie man sich wegen leicht erfüllbarer Vorschläge weniger Arbeiter der Firma Fäule im Laufe dieses Sommers zu Tausenden brutal aufs Pflaster geworfen hat und lernt begreifen, daß einem übermütigen Unternehmertum gegenüber nur eine starke und festgefügte Organisation der Arbeiter das beste Gegengewicht bildet. In eure Hand ist es gegeben, bessere Zustände zu schaffen, nützt die Zeit, es ist zu eurem eigenen Wohle.

Die „große Zahl“.

Die erfreuliche Entwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie der modernen Arbeiterbewegung überhaupt bringt unsere liebsten Freunde unter den Hirschführern noch um allen Sinn und Verstand. Seitdem es immer offenkundiger wird, daß durch die gloriose Strategie die „einzig wirklich neutrale Berufsorganisation aller Metallarbeiter“ rapid den Krebsgang geht, hat man im Hirschlager eine merkwürdige Entdeckung gemacht. Es ist nämlich die „große Zahl“ der freien Arbeiter, die Schuld ist, daß für die Arbeiter im allgemeinen auf sozialpolitischem Gebiet ja wenig erreicht worden ist. So vertritt der Unjuno auch ist, der Regulator haspelt schon seit einiger Zeit an diesem Faden. Man höre, wie die Nr. 58 des Hirschorgans die „Idee“ wieder behandelt: „Hoffmannsruhe erkönnen auf Seiten der freien Gewerkschaften. Wir eilen mit Hieschritten der zweiten Million organisierter Arbeiter entgegen, so tönt's in jenen Reihen und wie hypnotisiert bilden die Massen nach diesem Wille der an die Wand gemalten zweiten Million.

Wochenlange Kämpfe! Aufopferung von Millionen zusammengebrachter Arbeitergroßen! Zurückwerfung durch die Unternehmer-Verbände! Absplitterungen innerhalb der freien Gewerkschaften selbst! Entstehung geber Gewerkschaften! Verrohung des ganzen Tones in der Arbeiterbewegung! Was schert das alles die aufgepeitschten, fanatisierten Massen in den freien Verbänden! Die zweite Million, die große Zahl, danach lehnen sie, daß ist der Traum ihres Strebens.

Als ob das System der großen Zahl allein nicht schon längst in sich zusammengebrochen wäre. Zahlen! Wenn es Zahlen allein ausmachten, dann wären schon andere Zeiten für die deutschen Arbeiter angebrochen. Versuchen sie einmal, diesem Zahlenphantom auf den Leib zu rücken. In Deutschland ist im Laufe der Jahrzehnte eine Partei entstanden, die sich Arbeiterpartei nennt und die bei den Kreis-tagswahlen über 3 Millionen Stimmen auf sich vereinigte. Das ist die sozialdemokratische Partei. Dazu kommen circa 1 1/2 Millionen organisierter Arbeiter in den freien Gewerkschaften, die erklären, mit der sozialdemokratischen Partei eins zu sein. 3 Millionen Staatsbürger, die für die sozialdemokratische Arbeiterpartei wählen und 1 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, gewiß eine große Macht und trotz alledem — seit dem Jahre 1868 ist die gesetzliche Grundlage der Arbeiterberufsorganisationen nicht um ein Jota gefördert worden!

Man sollte es nicht für möglich halten, aber der Welschinn geht nach dieser Melodie noch spaltenlang weiter. Es hält schwer, bei der Behandlung dieses „Geistesproduktes“ ernst zu bleiben. Jetzt wissen wir wohl auch, warum der Regulator sich seit einiger Zeit geniert, seine Anlage am Kopfe der Zeitung bekannt zu geben. Früher geschah dieses; aber vermutlich ist durch die geniale Strategie der Gewerkevereinsgrößen die Mitgliederzahl so „groß“ geworden, daß die Taktik auch eine „Gefahr“ darin sehen und deshalb den Umfang ihrer „Größe“ geheim halten? Stimmt's so, verehrter Regulator?

In die „große Zahl“ wird zu den Zwecken der Hirschlogiker noch bedeutend vergrößert. Der Regulator weiß sehr wohl, daß die 1 1/2 Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter zum Teil schon in den 3 Millionen sozialdemokratischer Stimmen mitgehalten sind, da sie als Nordende der Gewerkschafter die nächste Arbeit der sozialdemokratischen Partei anerkennen. Wir fragen, der Regulator weiß dies, denn der „Bellanschauungs-Kampf“ wird ja von den Hirschen den Gewerkschaften immer als schwere Sünde ausgerechnet. Hier aber werden die 1 1/2 Millionen Gewerkschaftler und die 3 Millionen Sozialdemokraten zusammengezählt, gerade als ob die Gewerkschaftler politische Waffenknaben wären. Aber der Zweck der Übung erfordert die Fälschung. Durch die hohe Aufzucht dieses Jongleurtricks wird übrigens schon gezeigt, daß der Regulator sich der demagogischen Art seiner Leistung vollkommen bewußt ist; denn der Regulator „beweist“ mit der Fälschung doch nur, daß er selbst davon überzeugt ist, daß die Zahl der organisierten Arbeiter noch zu klein ist, hat zu groß.

Und das glaubt doch wohl kein Kalb, daß etwa durch diese riesige „Zahl“ — 3 1/2 Millionen plus 1 1/2 Millionen macht 4 1/2 Millionen, nach dem Regulator — jezt wohl so viele Sozialdemokraten in den Reichstag gekommen sind, daß dadurch „seit 1868 die gesetzliche Grundlage der Arbeiterberufsorganisationen nicht um ein Jota gefördert worden ist“. Wenn es mit der Sozialpolitik nicht voranzökte, so lag dies natürlich daran, daß die bürgerlichen Parteien, die bedauerlicherweise immer noch die große Mehrheit der Reichstagsabgeordneten stellen, alle sozialpolitischen Anträge der Sozialdemokraten niederstimmten, weil noch so viele Arbeiter, die sich über ihre Klassenzugehörigkeit noch im unklaren befinden, Unternehmerrandidaten ihre

Stimme gaben. Und auch die Männer vom Regulator haben seit jeder Erledigung darin geübt, offen und verdeckt bei Wahlen Unternehmerrandidaten gegen die Arbeiter herauszufahren; daher tragen gerade die Hirschführer ein vollkommenes Maß der Schuld, daß die Anträge der Sozialdemokraten keine Mehrheit fanden oder aber erst später unter bürgerlicher Firma verroffelt wiederkehrten. Um so perfider ist die Zahlengymnastik der Hirschen.

„Verrohung des ganzen Tones in der Arbeiterbewegung!“ Ach, seit den Bülowwahlen ist das Wort ja amtlich gerächt, damit ist es natürlich auch bei den Hirschen enorm im Kurse gestiegen und um ein Billiges zu stehen. Aber wer von 3 Millionen deutscher Arbeiter als von hypnotisierten, aufgepeitschten, fanatisierten Massen spricht, der hat wohl zuletzt Anlaß, über den „Ton“ ein Kolleg zu halten. Wenn wir die Hirschführer, die mit den Arbeiterinteressen Fangball spielen, und nur diese, etwas kräftig anpacken, dann vertrieben sich die Helden hinter ihre Mitglieder und stellen diese als gekennzeichnet hin, aber hier beschimpft das „neutrale“ Hirschblatt die Millionen Gewerkschaftler in inkantier Weise.

„Wie ohnmächtig ist doch die große Zahl, wenn sie blindlings draufloswütet. 3 Millionen Arbeiterparteiwähler, 1 1/2 Millionen „freie“ Gewerkschaftler — und doch nichts für die Koalition der Arbeiter. In den letzten zehn Jahren ist es dort, wo die Arbeiter am besten organisiert sind, während der glänzendsten Geschäftsperiode nicht einmal möglich gewesen, das Einkommen der Arbeiter auch nur so weit zu erhöhen, wie die Lebensmittel im Preise gestiegen sind. Und das trotz der „großen Zahl!“ Männiglich ist ja bekannt, daß die Lebensmittel und Bedarfsartikel im Preise gestiegen sind zum großen Teil wegen des Wuchertarifs, der von den bürgerlichen Parteien, mit Hilfe vor den Gewerkevereinsführern protegierten, banditenhaftenweise im Reichstag durchgebracht worden ist. Dies den freien Arbeitern noch als „Schuld“ anzurechnen, ist wirklich eine Böbelhaftigkeit, die auch nur ein Hirschführer fertig bringt.

Treten wir ab von der Höhe, allwo der „gute Ton“ und die Logik der Hirschführer einzuwandeln. Hören wir, wie eine Unternehmerrorganisation — ausnahmsweise vernünftig — über die Arbeiterbewegung urteilt. Die Buchdruckerbestreiter werden bekanntlich von etwelchen Scharfmachern beständig insuliert, weil durch den Tarifsvertrag nicht nur der Arbeitergewerkschaft, sondern auch der „roten“ Partei Vorparandienste geleistet würden. Darob antwortete die Deutsche Buchdruckerzeitung, das Unternehmerrblatt:

„Nun zu dem Vorwurf, daß in dem Organisationsvertrag eine Gefahr für Volk und Vaterland zu erblicken sei. Die Ursache dieser Gefahr soll darin liegen, daß der Vertrag mit einer Gewerkschaft abgeschlossen ist, die zur sozialdemokratischen Partei in enger Beziehung steht. Wir stehen nicht an zu erklären, daß diese Behauptung vollkommen den Tatsachen entspricht. Aber was beweist das? Doch nur, daß der Verband als Arbeiterorganisation die politische Interessenvertretung seiner Mitglieder bei einer Partei sucht, die nun einmal sich das Recht und den Ruhmestitel erworben hat, als „Arbeiterpartei“ ohne Vorbehalt angesprochen zu werden. Es beweist ferner, daß alle bürgerlichen Parteien es nicht verstanden haben, sich das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben, wie es vor kurzem erst der Mitteldeutsche Kurier, das Organ der Hirsch-Duncker'schen Gewerkevereine in der Provinz Sachsen, in beweglichen Klagen den liberalen Parteien vorgeworfen hat. Das sollte die bürgerlichen Parteien veranlassen, ihre Programme einer Prüfung zu unterziehen, aber nicht der sozialdemokratischen Partei die Dafeinsberechtigung abzuspühren und solche Gewerkschaften als „sozialdemokratisch“ anzuzumären, die aus den gegebenen Verhältnissen die natürlichsten Folgerungen ziehen.“

So ein Unternehmerrblatt; und damit vergleiche man das vom grün-gelben Heide diktierte, in Gift und Galle getauchte „Produkt“ einer „Arbeiter“organisation. Pjui Teufel! Aber, Unfimt, bu regst — nicht!

Eine nette Gesellschaft.

Bei den wirtschaftlichen Kämpfen sind die Unternehmer in der Wahl ihrer Mittel gegenüber den Arbeitern nicht wählerisch. Werden doch Arbeiter auf schwarze Listen gesetzt und gebrandmarkt, die an keiner Bewegung beteiligt waren, auch keiner Organisation angehörten, die sich nur nicht alles bieten lassen oder einmal den Mut hatten, einige Pfennige mehr Lohn zu verlangen. Doch damit wollen wir uns heute nicht weiter befassen, sondern nachweisen, wie liebevoll die Revolverbeden Ferber und Genossen von einzelnen Unternehmern aufgenommen wurden. Allerdings hatten sie von diesen Kunden, die sich auch des Schutzes der Behörden erfreuten, bald die Nase voll. Augenblicklich scheint die Streikbrecher-Gesellschaft an Arbeitslosigkeit zu leiden. In welcher Weise sich die Kunden an die Unternehmer heranmachen, dafür zeugt folgendes Schreiben:

„An den Vorstand des Eisenwerkes Kaiserslautern! Durch beiliegenden Zettel in der Arbeitgeber-Zeitung erfahren wir, daß bei Ihnen ein Streik ausgebrochen ist. Wir nehmen an, daß sich Ihre Formier am Streik beteiligen. Durch den Terrorismus der hiesigen organisierten Formier wurden wir vor circa einem Jahre veranlaßt, liberal dort zu arbeiten, wo Streiks ausgebrochen sind. Es ist uns gelungen, noch mehr unorganisierte Formier anzuwerben, und wir bieten uns hiermit mit noch sechs Formiern zur Hilfe während des Streiks an. Gute Zeugnisse von Firmen, denen wir zu einem für die betreffenden Firmen günstigen Ausgang des Kampfes verholfen, stehen Ihnen zu Diensten. Sollten Sie auf unser Angebot reflektieren, bitte ich um Antwort oder Besprechung. Eventuell können Sie einen Beamten senden, um uns abzuholen. Barmen, 29. August 1906. Mit vorzüglicher Hochachtung Gottfried Ferber, Fr. Sommerfeld.“

Wir wollen die Namen der ganzen Kolonne hier auflisten, es sind dies: Erik Ferber, Ewald Meßger, August Buscholtz, Paul Offing, Heinrich Korngiebel, Johann Vottenberg, Wilhelm Hilbach, Albert Möring, Peter Hüger und Laas, sowie die beiden Unterzeichner des vorstehenden Briefes. Wir möchten unsere Kollegen ermahnen, sich diese Stützen der kapitalistischen Gesellschaft zu merken und sie in geeigneter Weise zu behandeln. Das Eisenwerk Kaiserslautern antwortete auf ihr Angebot wie folgt:

„Herrn G. Ferber! In Beist Ihrer gefälligen Zuschrift vom 29. August teilen wir Ihnen mit, daß wir zurzeit keine Gelegenheiten haben, von Ihrem Anerbieten Gebrauch zu machen. Wir haben aber mit Interesse von demselben Kenntnis genommen und bitten Sie, einige Firmen zu nennen, bei denen Sie unter den erwähnten Verhältnissen tätig gewesen sind, um bei eventuellem Bedarf auf Ihr Anerbieten zurückkommen zu können. Hochachtungsvoll Eisenwerk Kaiserslautern. Der Vorstand, gez. Ilge. Ein Freilicht.“

Das Werk nahm „mit Interesse“ Kenntnis von dem Anerbieten, doch war man dort so vorsichtig, die Kunden nicht gleich mit Sang und Klang heranzuholen, sondern man wollte sich erst über die deutschen Hintergründe erkundigen. Der Gottfried Ferber sandte dann auch noch folgenden Brief an das Eisenwerk Kaiserslautern:

„An den Vorstand des Eisenwerkes Kaiserslautern! Im Beist Ihrer werthen Zuschrift vom 30. dieses Monats nennen wir Ihnen die drei letzten Stellen, wo wir während des Streiks arbeiteten. Die letzte war: Bonner Fräsefabrik, Aktiengesellschaft, Firma Mönke-möller, Bonn a. Rh. Vordem waren wir in Solingen (Rheinland) bei der Firma Kiefferling & Albrecht. Davor H. W. Detmann, Maschinenfabrik in Dnsabrück (Provinz Hannover). Sehe mir, meinen Leuten alle Kräfte ein, um die meist doch nur durch Agitation in Szene gesetzten Zustände zu Niederlagen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu machen. Es wäre mir sehr angenehm, wenn Sie mir jeweils besserer und schnellerer Beachachtung von Streiks die Adresse des Arbeitgeber-Verbandes mitteilen wollten. In Verbindung mit den Arbeitgeber-Verbänden Deutschlands würde ich in kurzer Zeit eine Gruppe sogenannter Streikbrecher aus allen Gruppen der Metallbranche anwerben können, und der Kleinstrieg des Arbeiterverbandes würde den Führern und Aufsehern der Arbeiter sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Ihnen für Mitteilungen in vorstehendem Sinne im voraus dankend, zeichnet hochachtungsvoll Gottfried Ferber, Barmen, Gewerke 2.“

Der Streifbrecheragent gab also einige Firmen an, wo die Kunden gelassen und gemurrt hat, denn von Arbeiten kann keine Rede sein. Herr Hansen, Mitinhaber der Firma S. W. Drmann in Danabrid, mußte vor Gericht bei einer Verhandlung gegen den Bezirksleiter zugehen, daß die Brüder minderwertige Arbeiter seien. Sie sind auch, nachdem der Streif gewonnen war, bei Drmann hinausgeschoben. Auch bei der Firma Planthold in Wunde lag ein ganzer Haufen Braudgub, den die „tüchtigen Formner“ hergestellt hatten. Bei Gebrüder Dörten in Gwelsberg hatte die Kolonne auch ein Gasspiel gegeben, sie hat sich dort so betragen, daß der eine Herr Dörten die Hälfte der Kunden noch während des Streiks hinauswarf und sich später noch am Gewerbegericht mit der Gesellschaft kassbalgen mußte. Auch bei Dörten produzierte sie einen Haufen Schrott. Im Bruchmachen ist die Kolonne großartig. Wo sie aber einmal gearbeitet hat, wird sie von den Unternehmern geschaut wie die Pest.

In Verbindung mit den Arbeitgeber-Verbänden denken sich diese Brüder der Aufgabe gewachsen, der modernen Arbeiterbewegung ein Paroli biegen zu können. Wunderwolle Bundesgenossen! Doch einem Teile der Kunden ist das Malheur passiert, daß sie vom Arbeitgeber-Verband wegen Betrügerei auf die schwarze Liste gesetzt wurden. — Um die Gesellschaft so recht zu charakterisieren, sollen noch zwei Schreiben des Fritz Ferber folgen. In dem einen ersuchte er im Jahre 1905 um Aufnahme in unsere Organisation. Das Schreiben lautet:

„Antrag zur Sektionsversammlung der Formner des freien Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Ich Unterzeichneter stelle hiermit den Antrag auf Aufnahme in den freien Deutschen Metallarbeiter-Verband. Es bedarf dieses besonderen Antrags, da ich vor zwei Jahren in Hjerlohn als Streifbrecher gearbeitet habe. Trozdem ich damals keinem Verband angehört, kann ich doch nicht behaupten, daß ich aus Unwissenheit gehandelt habe, da ich von 1897 bis 1899 im Zentralverband der Deutschen Formner organisiert war. Von da an kam ich ans Hummel, wie leider so viel Indifferente umherlaufen. Nachdem ich überall herumgearbeitet hatte, kam ich 1901 wieder nach Barren und arbeitete daselbst bis Ende Februar 1902. Kurz darauf brach der Hjerlohner Kampf aus, etwas später auch der Streik bei der Firma Dr. Harald Lenge in Barren. Nun waren die anderen Gießereien in Barren für die Anstaltigen frei, kam man aber zu einer Ruhe hin, dann wurde höhnisch gesagt, gehen Sie doch zu Lenge hin, der sucht Formner. Andere Arbeit war auch nicht zu haben, die Arbeitslosen prügelten sich am städtischen Arbeitsnachweis, wer am ersten an den Schalter kam. Zu allem Überflus wurde mein Vater noch krank, nun hörte für mich die Möglichkeit, abzureisen, auf, da ich der Meiste war, mein Bruder war noch in der Lehre für 4 Mt. die Woche, außerdem gingen noch zwei Geschwister in die Schule. Tag für Tag lief ich herum wegen Arbeit, immer vergebens. Am 1. Mai hatte ich durch Vermittlung des Robert Dismann (vom Verband freigestellt für Eberfeld-Barren) einen Wobbeltransport für anderthalb Tage, das war mein Verdienst vom März bis Mai. Den halben Mai lief ich auch noch herum, dann nahmen die Schönebecker Formner der Firma Lenge die Arbeit bedingungslos auf, dann der Wasse Streifbrecher, die eben die Gegend von Hjerlohn geliefert hatte. Dann hörte ich, daß in Hjerlohn über tausend am Arbeiten seien, dann zu Hause der Vater krank, der Hausherr kam jeden Tag wegen der Rente, Aussicht auf Arbeit war nicht da, in all dem Gerede beantwortete ich eine Annonce der Hjerlohner Unternehmung. Das war am 23. Mai 1902. Auf meinen Brief kam erst ein Schloffer aus Happe, der in Hjerlohn am Arbeiten war, doch ging ich mit dem nicht mit, Montags kam der Unternehmer selber, nun, ich ließ mich breitschlagen und wurde zum Streifbrecher. Am 25. Mai fuhr ich hin und am 12. Juni gelang es den alten Arbeitern, mit mir zu sprechen, daraufhin nahm ich am 13. Juni meine Entlassung. Es gelang mir, nach acht Tagen in Hjerlohn bei Gelsenkirchen Arbeit zu finden, ich war 14 Tage dort, als ich eine Depesche bekam, daß mein Vater tot sei. Das Zeugnis von Hjerlohn und die Depesche von Barren lege ich bei, um meine Angaben zu beglaubigen. Ich arbeitete nun seit ein und ein Vierteljahr hier in Düsseldorf, habe mich während der Zeit hier verheiratet. Da ich nun die Strafe verbüßt habe, in der ich dem Drängen meiner Mutter und den Verpersönungen des Hjerlohner Fabrikanten nachgab, möchte ich nun Aufnahme in den freien Verband nachsuchen, da es schade um jeden Arbeiter ist, der noch teilnahmslos dem Kampfe eines Hjerlohn zielbewußter Kollegen mit dem immer heulender aufstehenden Unternehmertum zuliebt. Bemerken will ich noch, daß ich als junger, kaum der Lehre entlassener Formner den Kampf bei Ditzelbeck & Jäger in Barren im Jahre 1898 mitgemacht habe, Dauer 13 Wochen. Dann noch, daß ich im Jahre 1901 im christlichen Verband in Düsseldorf eingetretan bin, doch konnte ich meine politische Überzeugung mit den Kapiteln dieser Kollegen nicht vereinbaren, besonders da ich nicht gewillt bin, die Zentrumspartei direkt oder indirekt zu unterstützen. Bitte also meinen Antrag berücksichtigen zu wollen, da ich mich schon lange damit bejah, den Kampf mit dem Feinde der Proletarier, dem Kapitalismus und seinen Helfershelfern, mitzumachen. Ich verspreche hiermit, in Zukunft kein ein neues, ungewolltes Mitglied des freien Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu sein. Antwort auf meinen Antrag erbittet ich durch den Kollegen Schüller, Düsseldorf, 4. März 1905. Mit kollegialem Gruß! Fritz Ferber, Formner.“

Wie ernst es dem „reinen Säuber“ mit seinen Vorhaben zur Besserung war, zeigt der zweite Brief, den er nach Danabrid am 23. Januar 1906 unter Benutzung eines Briefbogens der Firma Drmann verfaßte:

Kollege Heinrich! Da ich vor kurzer Zeit einen Brief von Dir erhielt, in dem Du mir mitteilst, daß Du dort wenig verdienst, auch ich Dir den Vorschlag, auch hier als Arbeitsnachweiser, oder weinwegens auch als sogenannter Streifbrecher, zu kommen. Sohn kamst Du hier selbst ausmachen. Kopf und Logg' untermals der fünfzig Hände. Dein Name wird von der Firma streng geheim gehalten. Es sind noch mehr von unserer Gegend hier. Wenn Du nach hier kommen willst, schreibe mir oder schicke mir Telegramme, mit welchem Tage Du hier ankommst. Hole Dich dann mit geschlossenen Kagen von der Bahn ab, dann bekommt Dich keiner zu sehen. Bewahre am besten den Schlüssel der Schlösser 1 Uhr 55 Minuten von Hauptbahnhof Witzel-Barren. Kommt dann hier vor sechs Uhr hier an. Wenn Du nur während des Streiks hier arbeiten willst, melde dich dort früh und komm ruhig nach hier, das andere wird dann von hier aus geregelt. Außerdem wird Dir dauernde Arbeit garantiert. Die anderen Kollegen können auch dauernd hier. Auf alle Fälle erwarte ich ungeheure Vorteile. Wenn Du nicht kommen willst, kannst Du diesen Brief den Streifbrecher Formner zeigen und denselben sagen, Danabrid wäre die Strafe für das Betragen der Formner in der Schwarzwald, als ich dort arbeiten wollte. Wohnung und Lebensmittel sind hier billiger wie in Rheinland und Westfalen. Wenn Du Lust hast, auch hier zu kommen, sende Dich wegen Wohnung an meinen Bruder. Also bitte baldmal. Streifenbogen: Fritz Ferber, Formner, Danabrid, Westfalen. 115. Telegramm: Witzel, Gessen: Drmann, Danabrid.“

Damit wollen wir es für heute genug sein lassen, vielleicht später einmal mehr. Aber für unsere Kollegen mag das Zeugnis ein neuer Kämpfer sein, für weitere Aufklärungsarbeiten in den unglücklichen Kreisen zu sorgen.

Zur „Laktit“ der Hirsch-Dunderischen Gewerbevereine.

Als Kaiserläutera wird uns geschrieben: Nach § 1 des vorläufigen Statutes der Hirsch-Dunderischen Gewerbevereine während des Streiks bei der hiesigen Firma wurde Schreiber Kasper in früherer Erinnerung. In dem Statut des Streiks sind seine Folgen bei sich eine trübselige Charakteristik der Gewerbevereine gegeben. Während des Streiks wurde der Deutsche Metallarbeiter-Verband in der genannten Weise beschimpft und mit Verwünschungen, dergleichen der Gewerbeverein als die schändliche und böse Arbeiterverleumdung hingestellt. Mit dieser Verleumdung des Metall-

arbeiter-Verbandes und der lobenden Hervorhebung seiner selbst suchte der Gewerbeverein die Menge auszuwerfen für einen großen Fiskus. Es steht fest, daß durch die Schreiberei des Gewerbevereins Balzer mancher Kollege zum Streifbrecher geworden ist, wie es sonst nicht geworden wäre. Speziell von auswärts gingen viele auf den Leim, wozu auch noch die von den Streifbrecheragenten gemachten Versprechungen ihr gutes Teil beigetragen haben.

Während des Streiks hatten die Arbeitswilligen im Betrieb natürlich die größte Freiheit, sie galten als Herren und wurden geachtet. Wo vor dem Streik in Afford gearbeitet wurde, gab es Tagelohn; was fertig wurde, kümmerte niemand, wie es ausgefallen war, auch nicht. Abzüge für verdorbenes Material, wie vor dem Streik, gab es nicht, auch keine Strafen. Mit einem Worte: es war ein Herrenleben. Die Situation änderte sich nach Beendigung des Streiks. Nachdem die Firmeneinhaber sich etwas von den Strapazen erholt hatten, die Revolver wieder hergerichtet und vernickelt waren, wurden alle während des Streiks gewährten Freiheiten beseitigt. Da hieß es zunächst pünktlich erscheinen, in Afford arbeiten, verdorbenes Material bezahlen und so weiter, so daß manchem die Augen recht weit aufgingen. Anstatt sich zu verbessern, wie es den meisten vorgemacht wurde, erlebten sie einen gründlichen Reinsfall. Hauptächlich an den Zahltagen war die Entlassung eine große.

Doch es sollte noch besser kommen. Zu Anfang des Sommers gab es eine neue „Lohnregulierung“. Dieses Wort stammt vom Direktor Hutenschn. Diese „Lohnregulierung“ bestand darin, daß in einer Reihe von Abteilungen Lohnabzüge bis zu 50 Prozent, ja noch mehr, vorgenommen wurden. Dafür wurden in einer Abteilung circa 6 Prozent zugelegt. Fürwahr: eine feine Lohnregulierung. Damit sollte jedenfalls der durch den Streik entstandene Schaden wieder etwas gedeckt werden.

Dieser Abzug rief eine allgemeine Empörung der Arbeiter, auch der „Arbeitswilligen“ hervor. Da gab es lange Gespräche, da wurde geschimpft über den Reinsfall, ja es wäre bald wieder zum Streik gekommen. Die „Christlichen“, die auch am Streikbruch beteiligt waren, wagten es, gegen den Abzug zu opponieren, dafür wurden sie von der Direktion hinausgeschoben. Die hereingefallenen Arbeiter verließen infolgedessen haufenweise das Kaiserliche Eldorado.

Aber der Hirsch-Dunderische Gewerbeverein hat sich wegen des Lohnabzugs nicht bemerkbar gemacht, mit keiner Wimper haben seine Strategen gedeut. Ruhig haben sie zugehört, wie den Arbeitern der Lohn gekürzt wurde. Zuerst hat der Gewerbeverein sein möglichstes dazu beigetragen, daß der Streik verloren ging, man hat unter Beschimpfen und Verdächtigen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes den Arbeitern den Beitritt zum Gewerbeverein empfohlen, aber dann sah er ruhig zu, wie den Arbeitern der Lohn gekürzt wurde. Eine „Lapfen“ Vertreibung der Arbeiterinteressen das. Bis heute ist er uns noch die Antwort auf unser Flugblatt schuldig, in dem wir nach dem Abzug das Gebaren der Firma Kaiser und des Hirsch-Dunderischen Gewerbevereins aufdeckten.

Nachdem der Abzug etwas in Bergessenheit gekommen und die Bogen „geglättet“ waren, fiel es plötzlich dem Gewerbevereinsstrategen Balzer ein, daß bei der Firma Kaiser etwas gemacht werden müsse, um den Mitgliederabzug auszuhalten. Es wurden kurz hintereinander zwei Veranlassungen abgehalten. Zu der einen waren 7 Mann, zu der anderen 17 Mann dem Hufe Balzers gefolgt, darunter der Bruder des Vertreters, ein Schreiber u. s. w. Die Firma hat jetzt 700 Arbeiter. Eine bessere Abfuhr konnten die Kaiserischen Arbeiter den Quertreibern vom Gewerbeverein nicht zuteil werden lassen.

Das schönste an der Sache ist aber das Thema, das in den Versammlungen herauf zu werden sollte. Es lautete: Welche Aufgabe ist der Arbeiterklasse bei Gebr. Kaiser nach dem unglücklichen Streik erwachsen? Ob Balzer bei der Erörterung dieses Themas seine und des Gewerbevereins Fehler und Niederträchtigkeiten aufdecken wollte, oder ob er den Arbeitern sagen wollte, daß sie bei künftigen Streiks keine Streifbrecher mehr machen sollen, entzieht sich unserer Kenntnis. Das steht wohl fest, daß die, die sich zum Streikbruch verurteilt haben, keine Bekehrung erlangen brauchen, sondern aus eigener Erfahrung wissen, daß sie keinen Streikbruch mehr verüben dürfen.

Da nun alle diese Schatzsüge den gewünschten Erfolg nicht brachten, so verfiel der Gewerbeverein auf die klampfsweise des Reichslingerverbandes. Es wurden nämlich von einzelnen Vertrauensleuten des Gewerbevereins Zirkulare an die Mitglieder verteilt, jedenfalls zu dem Zwecke, die Mitglieder von dem Übertritt in die freien Gewerbevereine abzuhalten. Das Zirkular hatte folgende „geschmackvolle“ Einleitung: „Was von den Beamten des Zentralverbandes zu erwarten ist, ergibt sich aus folgender von Reichsboten veröffentlichten Zusammenstellung.“ Dann ging's los: „Der in den Tagen des vorjährigen Bergarbeiterprekris in Rheinland und Westfalen oft genannte Vertrauensmann des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, Wilhelm Janzel, wurde wegen Unterschlagung von Streifgeldern zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.“ Nun hat der Bergarbeiterverband längst festgestellt, daß es in dieser Organisation gar keinen Bergmann Janzel gibt und er deshalb auch keine Unterschlagung begangen haben kann, die sozialdemokratische Presse hat die ganze Unterschlagungsgeheißel gleich als Schwindel angedeutet — das kümmert aber den Gewerbeverein nicht, er schwindelt weiter. Zu behaupten sind nur die Gewerbevereiner, die diesen Schwindel ihrer Führer ausgebreitet bekommen. Übrigens: Der Reichsbote eines Stöder als geistige Richtschnur der Gewerbevereine — auch nicht abel! Mit dieser klampfsweise haben die Gewerbevereiner den Beweis erbracht, daß sie sich dafür sind, in den Reichslingerverband aufgenommen zu werden. Wenn sie aber in dieser Reihe „Eintritt“ machen wollen, dann empfehlen wir ihnen, aus ihrem eigenen Lager das „Material“ zu rekrutieren oder das ihrer Blaudrucker, da gibt es geborgene Dolmetschereien gerade genug.

Diese ganze Klampfsweise, diese massenhaften Anstrengungen, den Gegner zu verlernen und zu verächtlich zu machen, beweisen, daß es höchste Zeit ist, sich von dem Hirsch-Dunderischen Gewerbeverein der Streifbrecher- und Metallarbeiter befreit zu werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Streitigkeiten zu vermeiden und eine getragene Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 13. Oktober der 42. Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 19. Oktober 1907 fällig ist.

Die Ortsverwaltungen, Geschäftsführer und Bevollmächtigter werden wiederholt darauf hingewiesen, daß Unterzeichneter nach § 2c und § 15 des Statuts sowie Reichslingverbandsatzung seit 1. Juli dieses Jahres durch die Bezirksleitungen ihre Einzahlung haben.

Es ist die Beachtung geschenkt worden, daß der § 3 Abs. 3 des Statuts bezüglich der Beitragsleistung. Wir weisen darauf hin, daß zu dem geringeren Beitrags- und Beitragsfällen neben den wöchentlichen Beiträgen nur Beiträge von solche unglückliche Arbeiter, die das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, aufgenommen werden können. Alle übrigen Arbeiter haben die regulären Sätze für wöchentliche Beiträge zu bezahlen.

Die Einzahlung von Extrabeiträgen nach § 6 Abs. 5 des Statuts ist gestattet.

Der Verwaltungsausschuss in Berlin 10 Pf. pro Woche.

Die Rückzahlung dieser Extrabeiträge hat Entschädigungskontingente Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Augsburg: Der Schloffer Rud. Hellmuth, geb. am 8. Januar 1888 zu München, Buch-Nr. 976841, wegen Sperrebruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Barren: Der Schloffer Otto Lenzen, geb. am 14. November 1868 zu Barren, Buch-Nr. 340457, wegen Streifbruch.
- Auf Antrag der Einzelmitgliedschaft in Weifen: Der Metallarbeiter Karl G. Pöthig, geb. am 19. Januar 1882 zu Weifen, Buch-Nr. 901760; Die Arbeiterin Emilie Wittig, geb. am 9. Dezember 1854 zu Löbelslust, Buch-Nr. 837417, beide wegen Streifbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Potsdam: Der Schloffer Rich. Lange, geb. am 5. August 1884 zu Dresden, Buch-Nr. 495748, wegen Diebstahl.
- Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Stuttgart: Der Mechaniker Alb. Schenk, geb. am 16. Dezember 1886 zu Straßburg, Lit. A. Buch-Nr. 235106, wegen Diebstahl.

Wieder aufgenommen werden:

- Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Schwabach: Der Feingoldschläger Georg Drentweit, geb. am 2. Okt. 1855 zu Augsburg; die Beschneiderin Margarete Drentweit, geb. am ? zu ?; die Beschneiderin Helene Drentweit, geb. am 4. Juli 1885 zu ?.

Öffentlich gerügt wird:

- Auf Antrag der Verwaltungsausschuss Karlsruhe: Der Installateur Albert Stoll aus Mühlburg, Buch-Nr. 62707, wegen Denunziation.

Das Mitgliedsbuch Nr. 454096, lautend auf Formner Theodor Janfen, geb. am 28. April 1867 zu Hannover, ist einzuziehen und an den Bezirksleiter H. Rohrlac, Stettin, Lomperstr. 5, zwecks Kontrolle zu senden.

Anforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Bremen:

- Der Schloffer Alfred Kronberg, geb. am 20. März 1887 zu Magdeburg, Lit. A. Buch-Nr. ?, wegen Schwindeleien.

Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Lübeck:

- Der Klempner Gust. Müller, geb. am 25. Juli 1875 zu Berlin, Buch-Nr. 70062, wegen Unterschlagung.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Räte-Straße 16b zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 30. September 1907 bei der Hauptkassette eingegangenen Verbandsgelder.

- Bonn: Nachen 800. Altwasser 300. Apolda 450. Artern 100. Aßcherleben 400. Aue 2000. Auerbach 100. Augsburg 3000. Baunzen 600. Bergedorf 700. Bernburg 300. Biberach 100. Bitterfeld 200. Blankenburg 200. Bockolt 100. Bochwitz 300. Brandenburg 400. Breslau 15000. Burg 800. Chemnitz 20000. Grimnitzschau 600. Dassel 100. Delmenhorst 150. Dessau 1400. Döbeln 900. Dortmund 1800. Dülken 200. Düren 150. Düsseldorf 5500. Duisburg 1400. Eberswalde 500. Eßigheim-Dppau 228,65. Eilenburg 425. Elmshorn 200. Eßterwerda 400. Emden 352,50. Erfurt 1400. Erlangen 800. Eßfen 7000. Eßlingen 2500. Fachsenheim 300. Finsterwalde 250. Frankenthal 4000. Frankfurt a. M. 23000. Freiburg i. B. 100. Freiburg 300. Fürstentum 800. Furtwangen 300. Gassen 200. Gießhübel 100. Gießlingen 722,30. Gießlingen 700. Gießlingen 3000. Glauchau 200. Gmund 1400. Göttingen 2400. Görtzig 1000. Gottha 600. Greifswald 100. Greiz 200. Groitzsch 550. Gröna 500. Güstrow 300. Hagen 3000. Hainichen 150. Halle 5000. Hamburg 26000. Hanau 5000. Hannover 8000. Harburg 1600. Heilbrunn 700. Hemmingdorf 250. Herford 984,50. Hildesheim 1600. Hirschberg 150. Hocht 600. Hohenlimburg 200. Hohenstein-Ernstthal 392. Karglschadt 200. Kassel 1100. Jöhbe 200. Jauer 200. Jena 1500. Karlsruhe 10000. Kassel 1100. Kiel 4000. Köln 10000. Königsberg 1700. Königshütte 400. Kornwestheim 435,08. Landsberg a. B. 400. Landshut 200. Lechhausen 100. Leipzig 32000. Leisnig 150. Leonberg 1000. Liegnitz 500. Limbach 700. Lörrach 100. Lollar 179,60. Luckenwalde 1600. Lübeck 1600. Lützen 1000. Ludwigsfelde 5600. Mainz 8000. Mannheim 16000. Marburg 200. Martfeld 220. Martinlamitz 200. Meerane 500. Mettmann 105. Meuselwitz 500. Mittweida 400. Mügeln 3500. Mühlheim a. Rh. 1000. Mühlheim a. Ruhr 700. München-Gladbach 700. Münster 200. Mühlhausen i. E. 1100. Nedarz 90. Nedarzartach 250. Nedarzartach 800. Neugersdorf 1000. Neumünster 250. Neufalz 50. Neustadt a. S. 300. Neustadt a. Orla 100. Neustadt i. S. 108. Nienburg 300. Nossen 100. Nürnberg 22613,40. Oberndorf 181,58. Oberlein 1500. Oberan 100. Oßnig 200. Offenbach 5500. Oßernhan 100. Oßnig 100. Oßersleben 200. Osterholz-Scharmbeck 400. Oßnig 100. Oßnig 85. Pforzheim 4500. Pflungstadt 150. Pinneberg 100. Plauen 1000. Pleitenberg 200. Pries 400. Queblinburg 2000. Rathenow 1000. Ratibor 620. Ratingen 300. Reichenbach 300. Remscheid 800. Rendsburg 500. Reppen 60. Rietha 800. Rosdorf 3000. Roslau 400. Roswein 400. Rottenburg 175,30. Ruffia 600. Saalfeld 3966,20. Sangerhausen 350. St. Jäger 300. Siegen 600. Solingen 5000. Sommerda 180. Stora 250. Suhl 1300. Schmiedeburg 300. Schmolln 100. Schwabach 800. Schweidnitz 400. Schweinfurt 600. Stargard 100. Staffurt 800. Stettin 2000. Straßburg 2400. Stuttgart 6000. Lössing 700. Lögau 80. Lögelom 300. Lössingen 98,84. Tattlingen 400. Uerdingen 80. Wegefall 1600. Weibert 2900. Waltershausen 100. Weimar 200. Weifenfels 200. Weidert 250. Weitzen 101,90. Wehlar 350. Wiesbaden 1200. Wriezen 60. Würzburg 200. Würzen 300. Zeitz 1100. Zerbst 300. Zeulenroda 800. Zittau 1300. Zuffenhausen 900. Zweibrücken 200. Zwickau 5100. Einzelmitglieder der Hauptkassette 300. Für Extrabücher 41,30. Sonstige Entnahmen 0,50.

Die Verwaltungsausschussstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Entfender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen, und etwaige Mängel sofort an uns zu berichten.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten:

- von Dyonteriarbeitern nach Paris St;
- von chirurgischen Instrumentenmachern nach Düsseldorf (Reifinger) St; nach Entlingen (Schweiffhardt) L;
- von Drahtziehern nach Mannheim St;
- von Elektrikern nach Basel L; nach Hamburg St;
- von Feilenarbeitern nach sämtlichen Saarstädten L;
- von Formern, Tischlerarbeiten und Keramachern nach Barren; nach Dresden (Hartigwerk Kühn) St; nach Freiberg i. Sa. (E. Reinhaas) D.; nach Greiz i. B. Strauß & Piarre) M.; nach Kettwig a. d. R. (Gebr. Rührmann) D.; nach Meifen (Reißner Gubwerl, Joh. A. Reuß) D.; nach Mühlhausen i. Th. (Eisenmetz Thüringia) St; nach Rieneburg a. S. (Eisenmetz u. Rasch) L-G; nach Rovensburg (Hamer) D.

von Goldarbeitern (Ringmachern, Fassern, Graveuren, Polierseifen) nach Schm. Gmünd (Ringfabrik Herzer) M.;
 von Klempnern, Planiern, Emaillierarbeitern nach Düsseldorf (Hiby) D.;
 von Klempnern, Flaschnern, Spenglern und Installateuren nach Darmstadt; nach Konstanz St.; nach Witten in Westf. St.; nach Osnabrück und Königshausen i. Pr. (Waschmaschinenfabrik Kromschöcker) St.; nach Jülich;
 von Metallarbeitern aller Branchen nach Köln-Bickendorf (Werkzeugmaschinenfab. A. H. Schütte) St.; nach Düsseldorf (Wölfe) St.; nach Hamburg-Hammerdeich (Mühlbauanstalt und Maschinenfabrik Schule) St.; nach Leipzig-Anger (Preuße & Co., Buchbindereimaschinenfabrik) St.; nach Lünen b. Dortmund (Fa. Quittmann) B.; nach Oberhausen b. Augsburg (Heinle & Weiß); nach Oberstein U.; nach Paris; nach Schlada a. S. (Maschinenfabrik Dippe) St.; nach Schwenningen St.; nach Solingen; nach Sontheim bei Heilbronn (Wagen- und Armaturenfabrik Schneider & Döfl) M.; nach Steinach (Eisenwerk) St.; nach Wierßen i. Rhld. (Ofenfabrik Dinsing) M.; nach Warstade i. Hann. St.;
 von Metallarbeitern nach sämtlichen Schwarzwaldböden;
 von Metallarbeitern, Spenglern, Gürtlern, Schweißern und Polierern nach Kaiserlautern (Pfälzische Metallwarenfabrik) D.; nach Mulda (Sächs. Metallwarenfabrik) D.; nach Saalungen;
 von Silberarbeitern nach Hanau a. Main; nach Mainz (Firma Kemnitz) D.;
 von Spenglern, Metallarbeitern, Schleifern und Arbeiterinnen nach Ulm (Industriewerke) M.;
 von Uhrarbeitern nach Venzlar und Schwenningen U.

(Die mit U. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Wt.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkordreduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mittelungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem seitherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

in dem Prozeß als Zeuge geladen war, folgendes Schreiben zu senden: „Frau G., Döhlhändlerin, hier. Ich sehe mich durch verschiedene Umstände veranlaßt, Ihnen die Wohnung per 1. November hiermit zu kündigen und habe ich über dieselbe bereits anderweitig verfügt, wovon Sie Vormerkung nehmen wollen.“ — Warum schickt Herr Honer „verschiedene Umstände“ vor, obwohl an der Kündigung nur der Umstand schuld ist, daß der Kollege als Zeuge gegen ihn ausgesagt hat?

Reichenbach i. W. Zu dem in voriger Nummer an dieser Stelle enthaltenen Bericht ist ergänzend nachzutragen, daß die drei Angeklagten freigesprochen wurden.

Gelbgießer und Gürtler. Die Bewegung der Gürtler bei der Firma Gebrüder Hepp ist beendet. Dem geschlossenen Auftreten der Kollegen ist es gelungen, in der zweiten Kündigungswoche eine Aufbesserung ihrer Löhne um 3 und 4 Pf. die Stunde durchzusetzen.

München. Streik und Aussperrung in der Gelbmetallindustrie sind mit Erfolg für die Arbeiter beendet. Bericht in nächster Nummer.

Klempner. Düsseldorf. Die Klempner, Planiere, Maler und Emaillierarbeiter des Emaillierwerkes Hiby (circa 100 Personen) haben aus Anlaß von Lohnforderungen die Kündigung eingereicht. Die Firma sucht auswärts Ersatz, wir ersuchen deshalb, den Zugang fernzuhalten.

Metallarbeiter. Düsseldorf. In Nr. 38 des „Christlichen“ Metallarbeiter (Duisburg) beschäftigt sich der Hinterwälder P. B., in Düsseldorf bekannt unter dem Namen Wittenkarpenter, in gewisser Peter Broich, mit meiner Person, indem er bei der Besprechung über die Barmer Aussperrung unter anderem auch meint, ich hätte in einer Versammlung „ein solches Maß von Situationsunkenntnis befunden, daß...“

Es ist diese Bemerkung nur für den richtig zu verstehen, der die „große Scheite“ Peter Broich kennt, denn es gibt wenige so „schlaue“ Menschen, wie Peter. Über merkwürdig! Dieser Peter und Burenstörter war in der Versammlung, in der ich in Barmer für den erkrankten Kollegen Waldbrecht sprach, anwesend. Trotz freier Diskussion meldete sich Peter nicht zum Worte, um etwas richtigzustellen. Auch wurde die Resolution, in der man sich mit meinen Ausführungen einverstanden erklärte, einstimmig angenommen. Peter, der doch nach seinem Artikel so „klug“ ist, daß er die Fische hassen hört, stimmte nicht dagegen, folglich war er mit allem zufrieden. Es kann aber auch sein, daß er sich — um mit dem Peter zu reden — während der Versammlung in der Diaspora (Zerstreuung) befand und wie ein Dromedar sich verhielt, das über seinen zweiten Buckel träumt. Dadurch wird die Entgleisung des Wittenkarpenter zu entschuldigen sein. Einen Menschen wie Peter Broich, der den Diebstahl für erlaubt hält, der sich noch rühmt, wenn er andere Menschen belogen hat, der sich dabei noch brüstet, „christlich“ zu sein, kann man nicht ernst nehmen, wenigstens nicht ernst als einen bekannten Bierfäppler mit drei verrückten und vier tolen Sinnen. Auf eine Lüge mehr oder weniger kommt es dem Peter nicht an, er handelt nach dem „christlichen“ Grundlaß des bekannten Aug. Brühl, der die Verleumdung seiner Mitmenschen als zu seinem Beruf gehörend betrachtete. R. Spiegel.

Freiburg i. S. Die Metallwarenfabrik von Rein & Bauer suchte vor einigen Wochen in einem Pforzheimer Blatte tüchtige Schleifer auf Hotel- und Tafelgeräthe. Es meldeten sich drei Schleifer aus Pforzheim, die unter guten Versprechungen mit einem Stundenlohn von 55 bis 65 Pf. engagiert wurden. Als die drei Schleifer das Geschäft betraten, waren sie wegen dem Schmutz und Unrat in der Werkstatt lieber wieder umgekehrt. Nach nochmaliger Verhandlung wurde mit zwei Schleifern ein Stundenlohn von 57 Pf. und für den dritten von 65 Pf. vereinbart. Als die Kollegen acht Tage in Stundenlohn gearbeitet hatten, wurde ihnen ein Akkord präsentiert, bei dem sie ihrer Meinung nach bei angestrebter Arbeit nicht mehr als 15 bis 16 Mk. die Woche zu verdienen imstande waren. Die Kollegen lehnten diese Arbeit selbstverständlich ab, und da es zu keiner Einigung kam, verließen sie den Betrieb und riefen das Gewerbeamt als Einigungsamt an. Es kam schließlich zu einem Vergleich, wonach jedem Schleifer 25 Mk. als Entschädigung ausbezahlt wurden. Wir ersuchen die Schleifer, Freiburg vorläufig zu meiden, bis andere Zustände in dem Betrieb herrschen.

Hagen i. W. Der Hirsch-Dunderfische Lokalbeamte Joh. Zöllner, der sich in einer am 1. September zu Plettenberg abgehaltenen Versammlung als gelehriger Schüler der Gleichauf und Erkelenz produzierte, will nun ableugnen, was er dort in bezug auf seine Stellung zur Gaunertat des Erkelenz gesagt hat. Er sandte uns folgende „Berichtigung“: „Es ist unwarhaft, daß ich in einer Versammlung in Plettenberg“, wie im Bericht in Nr. 37 der Metallarbeiter-Zeitung unter der Spitzmarke „Hagen“ behauptet wird, die Erklärung abgegeben habe, daß ich mit der Erkelenzschen Taktik voll und ganz einverstanden sei. Wahr ist vielmehr, daß ich in der fraglichen Versammlung in Plettenberg behauptete, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband diese Erkelenzsche Taktik seit Jahren dem Gewerke gegenüber ausgeübt hat.“ — Was in Nr. 37 gesagt ist, entspricht voll der Wahrheit. Hat doch selbst der in der Versammlung anwesende christliche Angestellte aus Siegen dem Zöllner wegen seines Ausspruchs ordentlich die Seiten gelesen. Zöllner aber hat dagegen in der Versammlung keinen Widerspruch erhoben. Wahrscheinlich hat ihn nun sein Generalrat darauf aufmerksam gemacht, daß er zwar nach der Gaunertat des Erkelenz handeln, dies aber nicht laut aussprechen dürfe. Die Dreistigkeit der Ableugnung wird nur noch überboten durch die läugerische Gemeinheit, den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu beschuldigen, er habe den tugendhaften Gewerkeverein seit Jahren nach Erkelenzchem Muster hereingelegt. Ganz die Erkelenzsche Gaunertat, andere zu verdächtigen und zu verleumden! Pfui Teufel!

Mainz. Bei dem hiesigen Gasapparat- und Gupfwerk hatten die Arbeiter Forderungen gestellt. Durch weitere Zugeständnisse der Direktion am Freitag den 27. September, nach vor Ablauf der Kündigung, wurde ein vielleicht sehr hartnäckiger Kampf vermieden. Die Arbeiter forderten nur die gleichen Bedingungen, wie sie bei anderen Firmen der Beleuchtungsbranche am Orte seit 1. August dieses Jahres durch Tarifvertrag bereits festgelegt sind. Die jonderbare und höchst unpraktische Einteilung des Arbeitstags im Gasapparat- und Gupfwerk hat nun eine vollständig neue Gestaltung bekommen. Es war dabei nötig, auch einige Bequemlichkeiten preiszugeben, doch dieser Schmerz wird bald überwunden sein. Die Arbeitszeit beträgt jetzt 9 1/2 Stunden täglich und ist die Einteilung wie in anderen Betrieben der gleichen Branche. Überstunden werden von jetzt ab mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt, vorher gab es nichts. An den Vorabenden vor hohen Festtagen tritt zwei Stunden früher Feierabend ein und es werden die zwei Stunden bezahlt, auch an Akkordarbeitern. Die Lohnzahlung war bisher für 10 Stunden pro Tag berechnet, jetzt für 9 1/2 Stunden. Die entsprechende Stundenlohnzahlung beträgt bei 27 bis 38 Pf. eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde, bei 39 bis 46 Pf. 4 Pf., bei 47 bis 52 Pf. 5 Pf. Eine Fixierung bestimmter Stundenlöhne wird zwischen dem jeweiligen Vertreter und dem Arbeiter vorgenommen. Akkordarbeit bleibt bestehen, es soll aber ausdrücklich jedem einzelnen Arbeiter der mit ihm ausbedungene Stundenlohn garantiert sein. Die vierzehntägige Lohnzahlung bleibt bestehen, es soll jedoch die wöchentliche Abschlagszahlung zum Beispiel von 20 auf 23 oder 25 auf 28 Mk. erhöht werden. Eine Reihe Bestimmungen hygienischer-sanitärer Natur, in gleichem Wortlaut, wie selbige im Tarifvertrag der übrigen Beleuchtungsbranche enthalten sind, wurden ebenfalls zugehandelt. Die neuen Abmachungen zwischen Firma und Arbeiterauschuß kommen unter dem Titel „Bekanntmachung“ in der Fabrik zum Ausdruck und haben Gültigkeit bis 1. August 1910. Wird die Abmachung nicht spätestens einen Monat vorher gekündigt, so läuft sie unverändert ein Jahr weiter. Unter ausdrücklicher Betonung des Direktors erstrecken sich die Neuerungen nur auch über den Betrieb der Eisengießerei. Eine Betriebsversammlung besaßte sich mit den

Zugeständnissen, erklärte sie für annehmbar und stimmte der Resolution zu: „Die Versammlung der Arbeiter der Firma Gasapparat- und Gupfwerk akzeptiert die von der Direktion gemachten Zugeständnisse und betrachtet die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband eingereichte Kündigung als nicht gehehen beziehungsweise als aufgehoben. Die Versammlung ist der Ansicht, daß an einigen Positionen die Firma mit gutem Willen noch manches hätte günstiger gestalten können. Andererseits verkennen wir keinen Augenblick die Schwierigkeit des Experimentes für die Firma, aus der bisher wenig lukrativen Produktion infolge mangelnden theoretischen und technischen Aufbaues in Betrieb, alle neuen Positionen in vollem Umfang zu gewähren. Wir betrachten die unter dem Titel „Bekanntmachung“ getroffenen Vereinbarungen für beiderseitig als ebenso verbindlich, wie die Vereinbarung anderer Betriebe unserer Branche unter dem Titel „Tarifvertrag“. Die Versammlung gelobt sich, mit allen zu Gebote stehenden Kräften ständig mit der Kollegenchaft der für uns in Frage kommenden Betriebe in bezug auf Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gleichen Schritt zu halten. Hierbei erklären sämtliche, fortgesetzt für Ausbau und Stärkung der Organisation Sorge zu tragen und noch den letzten Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zuzuführen.“ — Die Sperre über die Firma Gasapparat- und Gupfwerk ist hiermit aufgehoben.

Mulda in Sachsen. Die Sächsische Metallwarenfabrik dahier, G. m. b. H., sucht, wie in voriger Nummer schon gemeldet, in den bürgerlichen Blättern der Großstädte Dreher und Schleifer bei hohem Verdienst. Sie glaubt wohl, wenn die Leute einmal in dem schönen Luftkurort sind, sie mit einem Akkordverdienst von 13 bis 14 Mk. die Woche abfinden zu können, indem ja der restierende Betrag von den angebotlichen 30 Mk., die durchschnittlich verdient werden sollen, durch die gute Luft zu ersetzen sei. Der Betriebsleiter versucht, einige qualifizierte Arbeiter nach Mulda zu bekommen, die dann ungelernete Leute aus der Umgebung anlernen sollen, um die Fabrikation dadurch verbilligen zu können. Die Preise für Arbeiten, die dort hergestellt werden, sind im Verhältnis zu anderen Städten um 60 Prozent niedriger. So gibt es zum Beispiel für einen Artikel zum Drücken in Berlin 16 Pf., in Mulda aber nur 7 1/2 Pf. Auch die Behandlung und andere Verhältnisse lassen viel zu wünschen übrig. So sind Ausdrücke gegenüber jungen angehenden Arbeitern wie „Rohjunge“, „Anfänger“ u. dgl. nichts seltenes. Auch hat sich der Werksmeister namens Frenzel sehr schöne Ansprüche angewöhnt. Als ein Drücker sich erlaubt hatte, ein Liedchen zu pfeifen, äußerte der Herr zu einem anderen Drücker: „Wenn der Lausitzer noch einmal pfeift, haue ich ihm in die Fresse.“ Ein gelernter Arbeiter hat einen Stundenlohn von 40 Pf., in Akkord verdient er nur 18 bis 20 Mk. in der Woche. Die übrigen Arbeiter werden mit Löhnen von 14 bis 25 Pf. die Stunde bezahlt. Den letzteren erhalten aber auch nur einige. Auch Schulkinder im Alter von 10 bis 12 Jahren werden beschäftigt, sobald der Schulunterricht beendet ist. Aber nicht nur, daß man diese bis zum Schluß der Arbeit (abends 6 Uhr) arbeiten läßt, es ist auch vorgekommen, daß die Kinder bis abends 8 Uhr haben arbeiten müssen. Die Wahrscheinlichkeiten sind so vorzüglich, daß für 17 Mann ein Zimmer mit warmem Wasser zur Verfügung steht. Jedenfalls ist der Betrieb in bezug auf Hygiene ziemlich rückständig. Der Wechsel der Arbeiter ist groß. Es fangen sehr oft Kollegen an, arbeiten 8 bis 10 Tage und gehen dann entweder von selbst oder werden entlassen. Nach 8 Tagen Probezeit wird eine Kündigung von 14 Tagen ausgemacht. Beschwerden über diesen Betrieb beim Gemeindevorstand gehen oft ein, der Herr Gemeindevorstand hat auch schon geäußert, daß, wenn es nicht anders würde, jedenfalls auch die Gemeindebehörde einmal eingreifen müsse. Die Kollegen, die in diesem Betrieb arbeiten, haben auch eingesehen, daß eine Besserung anzustreben ist und haben sich deshalb der Organisation angeschlossen. Der Herr Betriebsleiter Baumann sagt ja auch, es sei ihm ganz gleich, ob einer organisiert sei oder nicht, er sei es ja auch. Aber die Sache sieht in Wirklichkeit anders aus. Unser Vertrauensmann, der es sich angelegen sein ließ, die Organisation zu fördern, wurde am Vormittag des 25. September (abends fand eine Werkstattpflichtsammlung statt) plötzlich entlassen. Bei einer Unterhandlung an folgenden Tage erklärte Herr Baumann, er hätte den Kollegen nicht wegen der Organisation und auch nicht wegen seiner Arbeit entlassen, sondern der Kollege hätte ihn angeschuldigt, indem er nicht gesagt habe, was auf dem Handzettel, der im Betrieb verteilt worden ist, stand. Der Kollege hätte also Herrn Baumann sagen sollen, was für Mißstände eigentlich in der Versammlung besprochen werden sollten, trotzdem auf diesem Handzettel nichts von Mißständen stand. Die Kollegen wissen nun, wie es in dem Betrieb aussieht, wir ersuchen sie, den Zugang von Drückern und Schleifern unter allen Umständen fernzuhalten. Den hiesigen Kollegen aber legen wir aus Herz: Haltet fest an der Organisation, dann werden in nicht allzulanger Zeit auch hier bessere Verhältnisse geschaffen werden.

Mühlheim a. Ruhr. In Nr. 39 des Regulator, dem Organ des Hirsch-Dunderfischen Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, entwirft sich eine edle Seele über den Vorwurf eines Mitglieds vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, daß ein Meister in der Maschinenfabrik von Thyssen & Co. sich zu einem Tyrannen u. dgl. verhalten habe, trotzdem er langjähriges Mitglied des Hirsch-Dunderfischen Gewerkevereins gewesen sei. Da diese Lausache nicht wegzudisputieren ist, verlegt sich der Brave im Regulator auf Schimpfen und Verleumdungen und stellt uns zum Schluß einige Fragen. Gutnützig, wie wir nun einmal sind, wollen wir diese hier beantworten: 1. Wichtig ist, daß der Fornermeister B. früher einmal im Deutschen Metallarbeiter-Verband eine Gastrolle von einigen Monaten gegeben hat. Meister Fischer war aber jahrelang „tüchtiges“ Mitglied des Hirsch-Dunderfischen Gewerkevereins, dokumentiert aber jetzt die dort gewohnte „Erziehung“ dadurch, daß er mirerabile Löhne festsetzt, weshalb der Betrieb der reinste Laubenschlag ist! Dagegen ist die zweite Behauptung im Regulator, wonach der schlimmste Denunziant in der Maschinenfabrik ein freier Gewerkschafter sein soll, eine elende Verleumdung; wir fordern den Artikelsschreiber auf, mit Namen herauszurücken, wenn anders er nicht als bewußter Lügner gebrandmarkt sein will. Auch möchten wir dem Herrn B., der wohl der Verfasser des Artikels ist, ebenfalls einige Fragen öffentlich vorlegen, auf die er die Antwort schon ein halbes Jahr schuldig ist: 1. Warum hat er sein Wort nicht eingelöst, den Namen des Vertrauensmannes zu nennen, der ihm angeblich von der Aufhebung der Sperre über die Firma Thyssen, ehe sie wirklich aufgehoben war, berichtet haben soll, und der auch schuld daran war, daß im Regulator Sperrebrecher für Thyssen gesucht wurden? 2. Welcher verätzte Verbündeter von dem schuld daran, daß die Firma Thyssen dazu überging, den braven Hirschen und Christen 500 Stimmzettel zur Krankenkassenvertreterwahl zu drucken? Und weshalb fielen sie trotzdem so glänzend durch? 3. Wer war es, der sich zu wiederholtenmalen in das Bureau des Herrn Dr. Bedemejer hineingeschlichen hat, um — die Interessen der Arbeiter zu zer- — pardon vertreten? 4. Wieviel Duzend sind von den früheren 800 Hirsch-Dunderfischen Mitgliedern im hiesigen Bezirk noch übrig? 5. Kann ein Hirsch-Dunderfischer Gewerkevereinsführer Arbeiterinteressen vertreten und gleichzeitig Hand in Hand mit den schlimmsten Schmarzern und Zollwuchern im Vorstand eines liberalen Wahlvereins sitzen? Um Antwort wird gebeten. Also ein klein wenig mehr Vorsicht, werter Herr B. Artikelsschreiber ist eine hitzige Sache, man wird dafür allzu leicht auf die Finger geklopft, besonders wenn man selbst in einem so dünnen Glashaus sitzt. Mit der Hoffnung, daß Sie uns auf die Beantwortung vorliegender Fragen nicht allzulange warten lassen und der Gewerkeverein infolge seiner genialen Führung durch die großen und kleinen „Erkelenz“ sich im selben Maße „weiterentwickeln“ wird, wollen wir für heute schließen. Unseren Kollegen aber rufen wir zu: Laßt euch durch berartige beweislose Verdächtigungen von jener Seite nicht von der Agitation für den Deutschen Metallarbeiter-Verband abhalten, sondern klärt die Massen der Inbiedernten über die Taktik jener Leute auf, setzt auf einen Schelm an derthalbe, damit die chronische Mitgliederkrankheit, wozu die Hirsch-Dunderfische Organisation seit langem krank, möglichst bald eine galoppierende wird.

Plauen i. B. Die Voigtländische Maschinenfabrik sucht sehr oft tüchtige Schlosser und Monteur. Dieses Unternehmen hat sich in den letzten Jahren erfreulich entwickelt, wenn aber Meister des

Aus den Agitationsbezirken.

Erster Bezirk.
 Die Adresse der Bezirksleitung ist jetzt:
 H. Rohrlack, Stettin, Torneherstraße 5.
 Die Telephonnummer bleibt unverändert 3717.

Korrespondenzen.

Elektromonteur.

Karlruhe. Die hiesigen Elektromonteur haben mit ihren Firmen auf folgender Grundlage eine neue „Arbeitsordnung“ abgeschlossen: 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, ab 1. Oktober 1908 9 1/2 Stunden, einschließlich einer Viertelstunde Frühstück- und Vesperpause. Samstag ist bei Fortbezahlung des Lohnes eine halbe Stunde früher Feierabend. 2. Überstunden sind nach Möglichkeit zu vermeiden, müssen solche in dringenden Fällen geleistet werden, so erfolgt für die ersten zwei Stunden über die normale tägliche Arbeitszeit ein Zuschlag von 25 Prozent, für jede weitere Stunde sowie Sonn- und Feiertags von 50 Prozent zum vereinbarten Stundenverdienst. 3. Die Lohnzahlung erfolgt freitags, dieselbe soll mit Schluß der Arbeitszeit beendet sein. 4. An den Vorabenden vor dem Neujahrstfest, Ostern, Pfingsten und dem Weihnachtstfest ist bei Bezahlung des vollen Arbeitstages um 4 Uhr Feierabend. Sollte ein weiteres Arbeiten notwendig sein, so erfolgt ein Zuschlag von 25 Prozent zum Stundenlohn. 5. Bei Akkordarbeiten muß der Stundenlohn garantiert werden, dieselben sollen aber möglichst vermieden werden. 6. Der Lohn beträgt: a) für leitende Monteur nicht unter 60 Pf. pro Stunde; b) für selbständige Monteur nicht unter 50 Pf. pro Stunde; c) für branchenkundige Hilfsmonteur nicht unter 40 Pf. pro Stunde; d) für Hilfsarbeiter bleibt der Stundenlohn der freien gegenseitigen Vereinbarung überlassen. Bei besonders gesundheitschädlichen und widerwärtigen Arbeiten (Gerbereien, chemischen Fabriken, Giebereien, Bier- und Weinkellereien, in denen Garprozesse stattfinden sowie bei Aufstellung von Akkumulatoren) ist ein Zuschlag von 25 Prozent zum vereinbarten Stundenlohn zu vergüten. 7. Bei Arbeiten in Stadtteilen, die 2,5 Kilometer von dem betreffenden Bureau entfernt liegen, wird, sofern das Mittagessen am Platze eingenommen werden muß, neben freier Hin- und Rückfahrt, eine Zulage von täglich 1 Mk. bezahlt. Die Fahrzeit gilt hier nicht als Arbeitszeit. Unter diesen Berechnungsmodus fallen auch die Vororte Ettlingen und Durlach. Bei auswärtiger Arbeit, bei einer Montagedauer von einem Tage, ohne Übernachten, muß eine Zulage von 2 Mk. nebst freier Hin- und Rückfahrt vergütet werden. Reisezeit gilt als Arbeitszeit. Bei auswärtigen Anlagen, bei denen die Monteur längere Zeit fremdes Logis beziehen müssen, soll bei freier Hin- und Rückfahrt, welche hier als Arbeitszeit gilt, für die ersten 7 Tage eine Zulage von 3 Mk., für die folgenden Tage eine solche von 2,50 Mk. für den selbständigen Monteur bezahlt werden, während der Hilfsmonteur 50 Pf. weniger erhält. Die Bemessung der Zulage an besonders teuren Orten bleibt der gegenseitigen Vereinbarung überlassen. An Sonn- und Feiertagen wird die Zulage ebenfalls bezahlt. An Ostern oder Pfingsten und Weihnachten wird die Hin- und Rückfahrt vom Montageort nach Karlruhe vergütet, und zwar den Monteur sowohl wie den Hilfsmonteur. Für Fahrgehalt und Speise ist ein entsprechender Vorschub zu gewähren. 8. Die Kündigung ist eine tägliche. 9. Die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen sind von beiden Seiten streng einzuhalten. Besonders ist für genügende Ventilation in den Werkstätten, ausreichende Wascheinrichtungen, Verbandzeug sowie für die nötigen Sicherheitsvorrichtungen auf Routen und Werkstätten Sorge zu tragen. 10. Für den Fall, daß durch irgend eine der vorstehenden Arbeitsbestimmungen Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitshüter entstehen, sind diese einer Kommission, bestehend aus den Arbeitgebern sowie einem Vertreter der Arbeitnehmer der einzelnen Firmen, zu unterbreiten. 11. Befehlende Verbesserungen bleiben durch diese Arbeitsordnung unberührt. 12. Maßregelungen aus Anlaß der Einführung dieser Arbeitsordnung finden von keiner Seite statt. 13. Diese Arbeitsordnung ist in jeder Werkstätte sichtbar auszuhängen. 14. Vorliegende Arbeitsordnung tritt am 1. Oktober 1907 in Kraft. — Die neue Arbeitsordnung bedeutet einen großen Fortschritt gegenüber den bisher bestandenen Verhältnissen. Dies trifft besonders auf die Lohnverhältnisse zu. Nur wenige Kollegen waren bisher in der glücklichen Lage, einen Stundenlohn von 50 Pf. zu verdienen. Wenn die Verhältnisse jetzt bessere und geregelter werden, so ist dies allein dem Umstand zuzuschreiben, daß in Gegenjaß zu früher die Berufscollegen sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen haben.

Formen.

Ravensburg. Herr Honer ist nicht damit zufrieden, daß er kürzlich gegen die zwei Preßhörer Scherm und Sauerbeck ein „oberlegendes“ Urteil erlangte, sein milder christlicher Sinn hat es ihm auch eingegeben, am 30. September der Mutter eines Kollegen, der

Betrieb so fortführen in der Behandlung der Arbeiter, wie sie es in letzter Zeit getan, wenn die Arbeiter fortgesetzt mit Unzufriedenheit und Lohnrückhaltungen beunruhigt werden, dann ist es kein Wunder, wenn die Unzufriedenheit immer mehr zunimmt. Die Direktion gibt leider den Meistern immer recht, kommen die Arbeiter mit Beschwerden, dann heißt es: „Was sollen wir da tun?“ oder: „Sie sind auch nicht ganz im Rechte!“ oder: „Das ist des Meisters Sache!“ Deshalb fliegen die Meistersarten der Arbeiter: „Wenn es Ihnen nicht paßt, dann machen Sie, daß Sie hinauskommen!“ oder: „Wenn Sie es für den Preis nicht machen wollen, draußen lauern sechs andere auf die Arbeit!“ nur so umher. Einzelne Meister haben fortgesetzt Behauptungen auch schon mit einer Tracht Prügel bezahlet bekommen. — Arbeiter, die für den Rotationsmaschinenbau gesucht wurden, sind in den Stückmaschinenbau eingeschoben worden, wo die Arbeit keine dauernde ist. Wir raten also den Kollegen zur Vorsicht.

Rothenfelde i. S. Der Streik in der Maschinenfabrik dauert ununterbrochen fort. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen ist strengstens ferngehalten.

Welfert. Die Vereinigte Kiesel- und Schloßfabrik, Aktiengesellschaft, machte vor circa sechs Wochen den Versuch, drei Sorten Möbelschleifer in anderer Weise als bisher herzustellen zu lassen. Durch die neue Herstellungsweise haben sich die betreffenden Arbeiter schwer geschädigt. Als ihnen die Firma in keiner Beziehung entgegenkam, legten einige Arbeiter, darunter einer, der schon 36 Jahre bei dieser Firma gearbeitet hatte, die Arbeit nieder. Am 9. September wurde dem neu in den Betrieb eingetretenen Schleifermeister ein neuer Preistarif vorgelegt. Dieser enthielt gegenüber den früheren Preisen dergestalt niedrige, daß kein Schleifermeister dafür arbeiten konnte, wenn er seine Gehälter ordentlich bezahlen wollte. Auch dieser Meister wußte sein Arbeitsverhältnis sofort auf. Diese Vorwissenisse waren wohl auch die Ursache, daß am 14. September zwei Kollegen geschädigt bekamen, was nur als Maßregelung anzusehen war. Eine sofort abgehaltene Betriebsversammlung ergänzte den Arbeiterausschuß und beauftragte ihn, nächsten Montag vorstellig zu werden, um zu versuchen, die Differenzen beizulegen. Jedoch kam es nicht so weit, denn der Direktor, Hr. Karl v. Bruck, warf an dem Montag früh wiederum drei Kollegen aus dem Betrieb heraus. Das war zuviel; sofort legten die übrigen Schleifer die Arbeit nieder. Nun sah die Firma ein, daß es doch besser sei, Frieden zu schließen, und es wurde mit den Leitern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unterhandelt. Die Unterhandlung wurde geführt im Beisein des Bezirksleiters Waldrecht, des Bevollmächtigten Möbel und des Kollegen Finke. Das Resultat der Unterhandlung war: Die drei Sorten Möbelschleifer werden wieder wie früher hergestellt. Die Schleiferei ist einem Meister mit hohem Akkordpreisausschlag übertragen worden. Dieser Schleifermeister verpflichtete sich, alle freitenden Schleifer wieder einzustellen. (Die Einstellung erfolgte am 30. September.) Die Firma stellt den entlassenen Schleifermacher sofort wieder ein. Die Kündigung des Ausgebeizten wird von der Firma zurückgenommen; da jedoch an dessen Stelle bereits ein anderer eingestellt ist, erhält derselbe andere, jedoch ebenfalls lohnende Arbeit zugewiesen. Die Einstellung eines weiteren Schleifermachers konnte nicht durchgeführt werden, da sich dieser nach Meinung der Direktion strafbare Verfehlungen habe zu schulden kommen lassen und das Verhalten gegen ihn noch schwebt. Der Kollege verzichtete jedoch freiwillig auf seine Wiedereinstellung, und wäre sonach auch dieses Hindernis hinweggeräumt, so daß wir sagen können und dürfen, die Schleifer haben das erreicht, was sie wollten. Wiederrum ein Zeichen dafür, was Solidarität und Opfermut vermag. Doch sei an dieser Stelle an die Arbeiter des Betriebs die Mahnung gerichtet, in Zukunft ihren Pflichten als organisierte Kollegen noch besser als bisher nachzukommen. Auch der letzte Mann muß unser sein.

Julentoda. Der Regulator bringt in seiner Nr. 39 eine Notiz aus Julentoda, die sich in der Einleitung mit der Feier ihres siebensten Stiftungsfestes befaßt, bei der Herr Herringer die „Festrede“ gehalten hat. Unter anderem wird ausgeführt, daß hier in Julentoda ein gutes Feld zu bearbeiten sei. Darin gehen wir dem Regulator recht, nur hat er vergesen, für wen das gute Feld bestimmt ist. Für die Gewerkschafter ja, nicht, das beweisen ihre Entschlossenheit in den letzten Jahren ihres Bestehens. Wir würden dieser Notiz gar keine Beachtung geschenkt haben, wenn sich nicht folgendes darin befände: „Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß am 4. September eine Konferenz über die künftige Stellung unserer Mitglieder bei eventuellen Differenzen bei der Firma Schumann, Maschinenbau, hier stattfand. Haben doch die Verbände als allseitig anerkannte Organisation Forderungen eingereicht und unsere Gewerkschafter einfach angeordnet, wie sie es schon in ihrer bekannten schloffen Weise bei der Kandidatenwahl fertig gebracht haben. Unseren Kollegen wurde von Seiten des Bezirksleiters Herringer das zukünftige Verhalten mitgeteilt, denn die Herren Verbände setzen infolge ihres Statutensystems bei uns in schönem Andenken, was die letzten Bewegungen gezeigt haben. Der Gewerkschafter wird jede Bemerkung energig zurückweisen. Stelle daher ein jeder seinen Mann.“ Das heißt mit anderen Worten, wenn bei der Firma Schumann etwas unternommen wird, dann machen sie es so, wie sie es in letzter Zeit so häufig gemacht haben, sie spielen Spielball. Ihr Bezirksleiter wird ihnen schon das Gehörgehrn ordentlich beibringen haben. Und diese Worte will von Kameraden der Verbände reden! Wenn sie bei der Einreichung von Forderungen angeordnet worden sind, so nur deshalb, weil auf sie kein Verlaß ist. Denn das haben sie auch bei der Meisterei in diesem und dem vorhergehenden Jahre bewiesen. Trotzdem sie für die Verbände eingeladen waren und trotzdem sie, soweit sie erschienen waren, für Arbeitsruhe gestimmt haben, sind sie doch jetzt und werden an diesem Tage zur Arbeit gegangen. Und eine solche Organisation verlangt, daß man ihr noch Beachtung schenken soll. Der nur halbwegs zwischen den Zeilen zu lesen versteht und vor den Gang der Verhandlungen mit der Firma über die eingereichten Forderungen verfolgt hat, wird werden, daß hier der Gewerkschafter wieder einmal eine „feine“ Rolle gespielt hat. Da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, wollen wir auf weitere Entwicklungen verzichten, werden aber vielleicht noch darauf zurückkommen.

Verstarbener.

Reich. Eine imposante Betriebsversammlung wurde am 28. September in der Reichenhölle abgehalten. Kollege Meyer erlaubte den Bericht über die Verhandlungen, die mit der Direktion der Reichenhölle geführt wurden. Auf Beschluß einer Betriebsversammlung wurde am 16. September der Direktion nachfolgende Forderungen unterbreitet: 1. Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden täglich von 1. Oktober 1907 an. 2. Den Gehaltszuschlag festsetzen: Für gelehrte Arbeiter auf 35 %, für ungelehrte Arbeiter auf 30 %, pro Stunde. Arbeiter, die nur in Lohn arbeiten, sollen mindestens 20 % pro Stunde erhalten. 3. Eine Zulage bis 20 % Stundenlohn von 2 1/2 bis 3 %, von 3 bis 4 % für Überstunden und ein Zuschlag von 25 Prozent für Nacht- und Sonntagsarbeit. 4. Ein Zuschlag von 50 Prozent gestrichelt; diese Zuschläge sollen auch für Arbeiter gelten. 5. Für jährliche Arbeiter eine Aufschlag von 20 Prozent des Stundenlohns auch bei Überarbeit zu gewähren. 6. Den Forderungen nach Gehaltszuschlag, wenn die Arbeiter im Verhältnis sind. 7. Es möge für gestrichelte Arbeitergehälter in allen Abteilungen geprüft werden. 8. Eine gestrichelte Anzahl Arbeitergehälter in allen Abteilungen anzuführen. 9. Arbeiter und Arbeiterinnen zu lassen. 10. Künftige Sozialisten zu schicken in allen, besonders von Staat und Dampf getriebenen Maschinen. 11. Beschäftigung der von Frauen überarbeiteten Frauen Arbeiter u. s. w. 12. Beschäftigung des Arbeiterausschusses. — Für Beweismittel des Berichtes war der Direktor keine Lust gezeigt und so dauerte es acht Tage, bis uns das folgende Antwortschreiben der Direktion zugegangen wurde: „Reich, den 28. September 1907. Herr Louis Meyer, Geschäftsführer, Reich. Die beiliegenden drei wichtigsten Forderungen des von Ihnen unterzeichneten Schlußprotokolls vom 16. dieses Monats sind beachtet worden, daß mit der damit erbetenen Verhandlung abgesehen werden muß, weil wir auch den auf im Frühjahr dieses Jahres geschätzten jährlichen Lohnsteigerungen in der Verkürzung der Arbeitszeit und eine entsprechende Erhöhung

der Löhne nicht zu willigen vermögen. Den erwähnten Verhandlungen vom 4. Mai dieses Jahres zwischen der Gruppe deutscher Schiffbauwerkstätten und den beteiligten Organisationen haben wir uns nicht angeschlossen, so daß die dort gefassten Beschlüsse für uns keine Geltung haben. Bei der jetzigen Lage des Schiffbaumarktes ist es schwierig und nur zu sehr gedrückt den Preisen möglich, neue Aufträge herbeizubekommen. Es ist Ihnen wohl auch bekannt, daß die Entlassung einer größeren Anzahl unserer Arbeiter in diesem Herbst zur Tatsache geworden wäre, wenn wir nicht zu deren Erhaltung die letzten Neubauten trotz ihres verlustbringenden Preises abgeschlossen hätten. Unter solchen Umständen sind wir natürlich gezwungen, Ihre Forderungen abzulehnen zu müssen, was wir hiermit zu Ihrer Kenntnis bringen. Hochachtungsvoll Aktiengesellschaft Reptum, Schiffbauwerkstätten und Maschinenfabrik. Ges.: Knappe, Schinkel. PS. Wir sind jedoch zur näheren Erklärung bereit und bitten Sie und die Mitunterzeichneten, zu diesem Zwecke morgen vormittag nach unserem Kontor zu kommen. D. D.“ — Die Verhandlungen fanden am 24. September im Kontor der Direktion statt. Gleich zuerst wurde von der Direktion erklärt, daß an Lohnzulagen nicht gedacht werden könne, da erst im April eine freiwillige allgemeine Lohnzulage erfolgt sei. Von der Kommission wurde darauf hingewiesen, daß diese Zulagen völlig ungenügend gewesen und wohl nur zu dem Zwecke gemährt worden seien, um spätere Forderungen der Arbeiter hintanzuhalten. Auf unsere Hinweis, den Arbeitern sei doch bekannt, daß alle anderen Werften gleiche Forderungen, zum Teil noch weitergehende, bewilligt hätten, und die Direktion doch nicht glauben könne, daß unter diesen Umständen sich die Arbeiter mit den bestehenden Zuständen zufrieden geben würden, antwortete die Direktion, daß nach ihrer Meinung die Arbeiter gar keine Wünsche hätten, sondern nur die Organisationen die Sache wieder gemacht hätten. Wenn die anderen Werften diese Zugeständnisse machen könnten, so liege das daran, daß sie besser bezahlte Arbeiter hätten und sich daher diese Zugeständnisse leisten könnten. Die Reptumwerkstätte arbeite überhaupt teurer als die anderen Werften. Schließlich gefanden die Herren zu, daß der Maschinenbau mit anderen Werften auf gleicher Höhe stehe, aber mit dem Schiffbau hapere es. Was die Verkürzung der Arbeitszeit anbelange, so habe die Direktion nichts dagegen, das könnten die Arbeiter sich einrichten, wie sie wollten, aber eine entsprechende Lohnzulage könnten sie nicht zugestehen, obwohl Herr Direktor Knappe zugestand, daß die Arbeiter in diesem Falle eine große Lohnzulage haben würden. Vorläufig ginge die Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt nicht, da die Werft an bestimmte Lieferfristen gebunden sei; doch könne darüber erst endgültig entschieden werden, wenn Herr Direktor Barg zurückkomme, was in 14 Tagen bis drei Wochen der Fall sei. Einen ähnlichen Standpunkt habe die Direktion in allen anderen Fragen eingenommen. Der Ausschluß solle den Formern bezahlet werden, wenn schlechtes Eisen daran schuld sei, liege es aber am Kern, dann nicht. Die Frage, ob denn der Formier die Schuld an einem mangelhaften Kern treffe, wurde mit Aufschub beantwortet. Daß Maschinen-einrichtungen, Niedergelasse u. s. w. nicht auf der Höhe der Zeit stehen, wurde zugegeben, aber die Neuanfertigungen würden zu teuer kommen. Inwiefern hier Zugeständnisse möglich sind, könne auch erst entschieden werden, wenn Herr Direktor Barg anwesend sei. Aber die Wahl eines Arbeiterausschusses lasse sich reden, doch habe die Direktion mit dem letzten schlechte Erfahrungen gemacht. Auch bei Entscheidung dieser Frage müsse die Anwesenheit des Herrn Direktor Barg abgewartet werden. — Kollege Meyer schloß seinen Bericht mit der Erwartung, daß die Direktion nach dieser imposanten Versammlung wohl von der Meinung abkommen werde, die Arbeiter hätten keine Wünsche. An der Versammlung liege es nun, durch eine Resolution den zweifelhaften Willen der Arbeiter der „Reptumwerkstätte“ zum Ausdruck zu bringen. Kollege Hohrad führte dann den Verlauf des Ganges der diesjährigen allgemeinen Betriebsarbeiterbewegung und die erreichten Erfolge vor Augen. Nachdem schon im vorigen Jahre Erhebungen über die Verhältnisse auf den Werften vorgenommen waren, wurde vom Deutschen Metallarbeiter-Verband der Versuch gemacht, durch Verhandlungen mit der Unternehmensorganisation die Wünsche der Arbeiter zur Geltung zu bringen. Reiner legte nun die bei den Verhandlungen in Hamburg getroffenen Abmachungen dar. Auf der Grundlage dieser Abmachungen hätten auf allen Nord- und Ostsee-Werften Verhandlungen stattgefunden, die alle von Erfolg gewesen seien. Die 9 1/2-stündige Arbeitszeit sei auf allen Werften vom 1. Oktober an eingeführt, überall sind Lohnzulagen gewährt: in Hamburg 2 bis 4 %, bei der Werftgruppe entsprechend der Arbeitszeitverkürzung, in Kiel 1 bis 3 %, Flensburg 1 1/2 bis 3 %, für alle Arbeiter 2 %, in Statia 1/2 bis 3/4 %, u. s. w. Eine Verbesserung der sanitären Verhältnisse, Regelung der Arbeitszeit und der Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit — auch bei Überarbeiten — ist überall erreicht worden. Besonders muß hervorgehoben werden, daß für die Hamburger und Kieler Maschinenindustrie dieselben Verbesserungen eingeleitet worden sind. Die Reptumwerkstätte allein habe sich nicht angeschlossen, da der Bericht der Kommission gelehrt habe, dass man erkennen, daß wenn es nach dem Willen der Direktion gehe, die Verkürzung auf der Werft niemals geschehen würde. Der gute Erfolg der Versammlung zeige, daß die Arbeiter nicht gewillt seien, die Erfolge der Betriebsarbeiterbewegung nur aus der Ferne zu genießen, und wenn heute etwa einige solcher Elemente anwesend sein sollten, die ihren Beruf darin sehen, den Meistern möglichst alles bräuharm zu hinterbringen, so möchte sie gegen die Direktion ein wahres Waid über die Stimmung unter den Arbeitern geben. Es sei eine Resolution eingeleitet, die den Willen der Betriebsversammlung zum Ausdruck bringe, die Verkürzung möge je annehmbar, um ihren Willen der Direktion zu demonstrieren zu können. Kollege Aich unterzog dann die Zustände auf der Werft einer Kritik. Von Metallarbeiter-Verband seien seinerzeit Erhebungen veranstaltet worden. Die Stundenlöhne sind danach sehr niedrig. Von Jahr 1900 anwachsen Arbeiter haben 517 einen Stundenlohn von 20 Pf. und weniger, nur 143 haben 30 Pf. Die höchsten Lohnklassen sind nur sehr spärlich vertreten, mit 37 Pf. mit 22 Pf. mit 33 Pf. mit 13 Arbeiter. Arbeiter, die mehr als 33 Pf. erhalten, gibt es nur vereinzelt auf der Reptumwerkstätte. Die Löhne ein und derselben Arbeiterkategorie sind in den Abteilungen verschieden; während Schleifer in der einen Abteilung durchschnittlich 31,5 Pf. Stundenlohn haben, erhalten sie in einer anderen 21,7 Pf., bei den Schmiedeln ist das Verhältnis 31 : 33,3 Pf., bei Drehern 32 : 34,2, Hülsenbohrern 25,6 : 30,3 Pf. Ein ähnlicher Unterschied ergab sich bei den Zuschlägen für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, die bei 25 bis 50 Prozent schwanken. In der einen Abteilung wird in diesem Sinne verschieden gehandelt. Und nun die „unvollständige Organisation“. Man konnte meinen, die Direktion wolle die Arbeiter beschäftigen, wenn sie demnach kommen. Über 200 Arbeiter haben demnach überhaupt nichts erhalten, gegen 200 erhalten einen Pfennig und von etwa 130 waren so glücklich, 2 Pf. zu bekommen, einer erhielt 3 Pf. Zulage, er hatte damit das große Geld gewonnen. Das die sanitären Zustände nicht zu glänzend sind, ist ja von der Direktion selbst eingestanden worden. Es treten dann noch mehrere Reiter für die Forderungen ein und kündigen die Beschäftigungslust der Direktion, wie auch die Zustände auf der Werft. Die vorgeschlagenen und angenommenen allgemeinen Resolutionen lauten: „Die heute am 28. September in der Reichenhölle abgehaltene Betriebsversammlung der auf der Reptumwerkstätte beschäftigten Arbeiter nimmt Kenntnis von der wenig entgegenkommenden Stellungnahme der Direktion gegenüber den eingereichten Forderungen. Die Betriebsversammlung erklärt die Annahme der Direktion für unannehmbar und erklärt, daß sie keine Wünsche hätte und mit der bestehenden Zuständen zufrieden wäre. Die Betriebsversammlung erklärt einmütig, daß die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt werden können und die Verkürzung der Arbeitszeit im Hinblick auf die dort beschäftigten Arbeiter geschehen ist. Der Betriebsversammlung ist bekannt, daß die größten Forderungen auf allen Nord- und Ostsee-Werften bewilligt worden sind, zum Teil sogar darüber hinaus von anderen Werften Zugeständnisse gemacht wurden. In Erwägung der fortwährenden Steigerung der Lebenshaltungskosten der Arbeiterklasse, der jetzt erst wieder etwas gestiegenen Arbeitslosigkeit sowie der stetigen Verteuerung aller übrigen Lebensbedürfnisse, in weiterer Erwägung, daß die auf der Reptumwerkstätte bezahlten Löhne niedriger sind, wie auf den anderen Werften, und vor allem auch niedriger sind, als die Löhne in anderen Werften

Rostocks, in Erwägung endlich, daß die gestellten Forderungen auf allen Werften bewilligt worden sind, erklären die Versammelten, an den eingereichten Forderungen, besonders an der 9 1/2-stündigen Arbeitszeit, der Erhöhung der Einstellungslohne, den Lohnzulagen von 2 beziehungsweise 3 %, der Regelung der Überstundenzuschläge für Lohn- und Akkordarbeit sowie der Wahl eines Arbeiterausschusses unter allen Umständen festzuhalten. Die Versammlung vernimmt mit Bedauern, daß die Direktion Verhandlungen mit den Organisationsvertretern abgelehnt hat; sie erklärt, in der Organisation ihre berufene Interessenvertretung zu erblicken und erklärt ferner, daß die Arbeiter stets bereit seien, die von den Organisationsvertretern getroffenen Vereinbarungen anzuerkennen und einzuhalten. Den Versammelten ist nicht bekannt, daß eine Vertretung durch die Organisation den Arbeitern jemals zum Schaden gereicht habe. Die Versammlung behaupte ferner, daß es die Direktion über sich gebracht hat, die Verhandlungen über die Forderungen von etwa 1200 Arbeitern auf vier Wochen hinauszuschieben. In Anbetracht des dringenden Wunsch aller Arbeiter der Werft erwarten die Versammelten, daß die Direktion das ihrige dazu beiträgt, die Verhandlungen schneller zum Abschluß zu bringen. Der durch die Vertrauensleute gewählten Kommission sprechen die Versammelten ihr volles Vertrauen aus und beauftragen dieselbe, nach wie vor die Verhandlungen mit der Direktion zu führen. Die beteiligten Organisationsvertreter werden beauftragt, der Direktion diese Resolution zur Kenntnis zu bringen.“ — Mit einem begeisterten aufgerommen Hoch auf die Betriebsarbeiterbewegung schloß der Vorabend die von etwa 800 Personen besuchte Versammlung.

Rundschau.

Julius Motteler gestorben.

Am 29. September starb in Leipzig wieder einer von denen, die zur Zeit des Ausnahmegesetzes wichtige Vertrauensposten in der sozialdemokratischen Partei innehalten. Julius Motteler, von Geburt ein Sächsischer, war ein gelehrter Tuchmacher. Nachdem er eine Zeitlang an verschiedenen Orten in diesem Gewerbe gearbeitet hatte, betätigte er sich ebenfalls in der Arbeiterbewegung und wußte sich in solchem Maße das Vertrauen der Parteigenossen zu erwerben, daß sie ihn im Herbst 1879 nach Zürich sandten, um die Expedition des Sozialdemokraten, der wegen des Ausnahmegesetzes nicht in Deutschland gedruckt werden durfte, zu übernehmen. Natürlich mußte da alles mögliche angewendet werden, um die auf solche Dinge sehr wachsame deutsche Polizei zu überlisten. Motteler verstand dies so gut, daß er den Ehrennamen „Roter Postmeister“ erhielt. Als solcher wird er in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung fortleben. 1901 konnte Motteler wieder nach Deutschland zurückkehren. Er nahm seinen Wohnsitz in Leipzig. Bei der vorletzten Reichstagswahl eroberte er das Mandat von Leipzig-Stadt. In den letzten Jahren war seine Gesundheit so erschüttert, daß es ihm nicht möglich war, bei der diesjährigen Wahl wieder zu kandidieren. Die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die reparierte Ehre des Herrn Bued.

Wie wir bereits in Nr. 26 (Seite 207) der Metallarbeiter-Zeitung mitgeteilt haben, wurde unser Kollege Hermann Bernicke, Leiter des dritten Agitationsbezirktes unserer Organisation, am 6. Juni von dem Schöffengericht in Brandenburg zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, weil er in einer Versammlung folgendes oft zitierte Schlagwort von neuem erwähnt hatte:

„Einer schrecklichen Zukunft gehen wir entgegen, wenn nicht bald andere Wege eingeschlagen werden. Es muß dem Arbeiter deutlich gemacht werden, daß er als Knecht geboren und als solcher sein Leben zu verbringen hat. Das, was er als seinen rechtmäßigen Lohn betrachtet, ist eine ihm in Gnaden gemachte Zuwendung, für die er sich dankbar zu erweisen hat.“

Als Urheber dieses Schlagwortes wurde seit 1891 allgemein der Unternehmer-Generalkonferenz Bued bezeichnet, ohne daß dieser bislang etwas dagegen unternommen hatte. Gegen diese Verurteilung hatte Kollege Bernicke beim Landgericht zu Potsdam ein Berufung eingelegt. In der Verhandlung am 21. September wurde dem Angeklagten vom Präsidenten vorgehalten, er hätte sich doch erlauben müssen, ob tatsächlich die Worte von Bued gefallen sind und sie dann widerrufen sollen. Darauf erklärte der Angeklagte, er sei überzeugt gewesen, daß dem Kläger ein derartiger Widerruf nicht genügt hätte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heinemann, nahm für seinen Klienten den Schutz des § 193 in Anspruch, denn der Beklagte habe nicht die Person des Klägers in ihrem Privatleben, sondern nur seine politische amtliche Tätigkeit angegriffen und weiter gefolgert, wenn er diesen Standpunkt habe, so habe er keinen arbeiterfreundlichen Standpunkt und eine solche Gräueltat sei natürlich eine Arbeiterbeschuldigung. Der Angeklagte fürchtete mit Recht, daß, falls in Brandenburg die gelben Gewerkschaften Fuß fassen, den Deutschen Metallarbeiter-Verband ein großer Schaden erwächte, da zwischen beiden Gruppen unüberbrückbare Gegensätze bestehen. Es würde in die Arbeiterbewegung ein Keil des Zwiespaltes getrieben werden, wenn sich die Gelben organisieren. Er mußte aber feststellen, daß sie ein Danaergeschenk bringen, was man am besten aus dem Standpunkt des Herrn Bued, der die Staatsanwaltschaft verfaßt habe, erkennen könne. Bei Vergegenwärtigung dieses Gedankenganges mußte man zur Überzeugung kommen, daß die Beschuldigung nur erfolgt ist, um im Glauben an ihre Richtigkeit die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. In dem nach längerer Beratung verurteilten Urteil wurde Kollege Bernicke freigesprochen. In der Begründung heißt es, daß die dem Kläger in den Mund gelegte Äußerung allerdings beleidigend sei. Dem Angeklagten stehe aber der § 193 des Strafgesetzbuches (der von der Staatsanwaltschaft berechtigter Interessen handelt) zur Seite. Der Angeklagte war Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Er vertrat daher durch sein Auftreten in der Versammlung das Interesse des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und zu diesem Zwecke habe er die Äußerung getan. Er wolle damit sagen, wenn der Vertreter der Gelben solche Gestirnung hat und so etwas sagt, dann warne ich euch vor den gelben Gewerkschaften, denn dann habt ihr nichts Gutes zu erwarten. Das ist zum Zwecke der berechtigten Interessenwahrnehmung gesagt, allerdings unter der Voraussetzung, daß Bued das selbst gesagt hat. Das Gericht nimmt zugunsten des Angeklagten an, daß er sich tatsächlich in einem Irrtum befunden hat. Er hätte sich ja nachher erkundigen sollen, aber ihm ist es geglaubt worden, daß er auch dann noch von seinem Irrtum nichts gewußt hat.

Die christlichen Anstehungsverträge in Bielefeld.

Dazu wird uns geschrieben: Auf die Verpfändungen des in Nr. 39 der Metallarbeiter-Zeitung abgedruckten Zirkulars des „christlichen“ Bezirksleiters in Bielefeld sind in der Tat verschiedene Metallarbeiter von außerhalb hereingekommen. 30 bis 35 M. Wochenverdienst, alles andere wird befragt — wer sollte denn auch widerstehen?! Jedenfalls ist die Ernüchterung schon eingetreten und nach und nach beginnen die Christlichen einzusehen, daß sie genaschert werden sind, als man ihnen die angelegenen Verdienste in Aussicht stellte. Und das, trotzdem die Fabrikleitung der Firma Görde alles versucht, den „ausländischen Elementen“ den Aufenthalt in ihrem Betrieb so angenehm als möglich zu machen. Über alles, was die Zielstellung dem Betrieb an „altem Eisen“ liefert, wird natürlich der Mantel „christlicher“ Nachsicht gedreht, Verfehlungen großmütig verziehen und Beschuldigungen von Werkzeugen, die sonst bei unserer Kollegen streng geübt wurden, als „fille force majeure“ betrachtet. Und die Beschuldigung in eine bessere, als wie sie unsere Kollegen bisher erfahren, auch dann, wenn sich die totale Unfähigkeit der Leute herausstellt. Sie lauge die Kennlinie anhängt, von der man nicht weiß, wer die manigfaltige Rolle dabei spielt, ist noch nicht zu sagen. Nur so viel steht fest, daß die Firma keine Freude an der Sache erleben wird. Tämmert es doch schon heute dem Chef, Herrn August Görde, auf, daß man ihm Leute in den Betrieb geschleppt hat, die kein „hochheiliges Kleid“ anhaben, die man wohl für eine Zeitlang als „Deborator“ — und nicht einmal als die schönste —, nicht aber zur Aufrechterhaltung eines geregelten Betriebes verwenden kann. Sch!

erft die Saison in der Fahrradindustrie wieder ein, was schon Ende Oktober der Fall sein dürfte, dann hilft kein Wappstein, dann muß gepflastert werden. Und dann werden die meisten der christlichen Unsterblichen von selbst wieder den Götterstaub von den Pantoffeln schütteln, um die Erfahrung reicher, daß in einem modernen Fabrikbetrieb in erster Linie Befähigung und Fleiß und andere weltliche Dinge esfordern sind, und daß man mit heuchlerischen Pfaffen von „Christentum“ und „Religion“ auf die Dauer nichts weiter anfangen kann, als sich gründlich zu blamieren.

Zwischen schreiben sich die „Frommen“ in der ihnen ergebenden Presse die Finger wund, um darzutun, in welcher brutaler Weise sie von den Mitgliedern unseres Verbandes terrorisiert werden. Das ist die alte Spitzbubenart. Durch das Geschrei: „Haltet den Dieb!“ versucht man die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der Bübererei der Streikbrechervermittlung abzulenken. Wenn nur das Zirkular dabei nicht im Wege wäre! Die „Christen“ fabeln von „frecher Unmähung“, die andersgearteten Arbeiter das Recht auf Arbeit in Bielefelder Werken in Abrede stellt. Die Wahrheit ist, daß am 17. September die Bielefelder Volkswacht in einem von der Leitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zur Verfügung gestellten Artikel ausdrücklich feststellte:

„Würden die Leute bei normalem Geschäftsgang eingestellt worden sein, wie jeder andere Arbeitende, ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit, so könnte und würde niemand dagegen etwas einzuwenden haben.“

Weiter soll Kollege Severing unsere Mitglieder durch einige Präparierungen fanatisiert haben. Die Wahrheit ist, daß Kollege Severing, der in ganz unnotiger Weise in einigen Bielefelder Lokalfächern von den Christlichen verdächtigt worden war, zur Abwehr feststellte, daß die in jenen Artikeln zusammengetragenen Behauptungen teils direkt erlogen, teils tendenziös entstellte waren, und daß er die Kitz eine Kitz und Molin einen Schelm nannte. Ausdrücklich fügte Severing diesen Bemerkungen aber hinzu:

„Die wenigen ehrlichen christlichen Arbeiter müssen so gut wie meine Kollegen vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, daß ich stets für die Freiheit der Überzeugung eingetreten bin und eintreten werde.“

Da von Fanatikern und offener Verteilung von Terrorismus zu reden, das bringen nur fromme, wahrheitsliebende Christen fertig, die alle Ursache haben, sich in die Rolle der armen, verfolgten Tugend hineinzufabeln.

Weiter soll die sozialdemokratische Arbeiterpresse ein „Wutgehül“ über die Vorurteile bei Görcke angestimmt haben — so behaupten die frommen Blätter, unter anderem auch unser Kollege von der schwarzen Fakultät in seiner letzten Nummer. Mit Verlaub! Es gibt Augenblicke im Kampfe gegen „christliche“ Büberereien, wo selbst die stärksten Ausbrüche, über die die deutsche Sprache verfügt, nicht ausreichen, um diese Wutentzündungen gebührend zu kennzeichnen. Wir speziell wissen uns frei von jeder Erregung, wir sind augenblicklich der besten Laune und können unserem schlimmsten Feinde alles verzeihen — und doch können wir nicht umhin, zuzugeben, daß die Kitz eine Kitz und Molin ein Schelm ist. Etwas anderes hat aber auch die sozialdemokratische Presse nicht festgestellt.

Das neueste, aber auch das unverfrorenste ist, daß die „Christen“ die Benennung ihrer Mitglieder bei Görcke zu bestreiten wagen. Wäre uns der Name der Metallarbeiter-Zeitung nicht zu losbar, wir würden an Dutzenden von Fällen im einzelnen den Nachweis für diese Behauptung führen. Damit nun aber auch der Dummor bei der sonst so ernsten Sache nicht fehlt, fabeln die Christen von einem Boykott der Görckeschen Wappensteinblätter, der von der örtlichen Zeitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes angebrocht sein soll. Da wollen wir den frommen Kangohren, die da gelauscht, aber nichts gehört haben, zu ihrer Beruhigung nun verraten, daß wir dieser Mühe anscheinend überhoben sind: „Wappensteinblätter“ mit den Zeilen zusammengestellt, die zum Beispiel einige christliche Dreher tiefen, bonlottieren sich von selbst, da befaßt es keiner Agitation unsererseits. Und der geschäftliche Ruin der Firma Görcke, um den bezeichnenderweise unser frommer Kollege so besorgt ist, ist unabweisbar, wenn der ganze Betrieb mit derartig qualifizierten Arbeitern durchsetzt wäre, wie sie heute die Schnittpfaderer aufweist. Kein Wunder — wo alles aufgelassen wird, unbeschadet der Qualifikation, wenn nur das „christliche“ Verbandsbuch herausgeschaut, da muß sich naturgemäß mehr Spreu denn Weizen finden.

Eine neue gelbe Gründung.

Nachdem bei der Maschinenbau-Aktiengesellschaft zu Augsburg seit einiger Zeit ein so wunderbar gut „florierender“ gelber Verein besteht, haben sich einige gesinnungsverwandte Profetarien im Arbeitsmittel oder im Strohtragen aus dem derselben Gesellschaft gehörigen Betrieb in Nürnberg veranlaßt, ein ähnliches Nachwerk „anzustreben“. Deshalb wurden vor einiger Zeit Arbeiter dieses Betriebes mittels Karten zu einer Werkstattversammlung eingeladen, wo ihnen ein Statutenentwurf vorgelegt wurde, der in einer späteren Versammlung definitiv genehmigt werden sollte. Einige Bestimmungen dieses Statutenentwurfes sind wunderbar schön. Als Zweck des Vereins wird angegeben, daß er seinen Mitgliedern „wirtschaftliche Vorteile aller Art“ verschaffen soll. Als solche werden „in erster Linie“ folgende genannt: die Vermittlung billiger Wohnungen, die Bildung einer Genossenschaft zum Erwerb und zur Errichtung eigener Wohnhäuser, die Erwirkung der Gewährung von höherem Zins und besonderen Prämien für Spareinlagen, die die Mitglieder durch den Verein bei der Firma machen, die Unterstüßung erkrankter und bedürftiger Mitglieder und deren Angehörigen, Beihilfe zur Fortbildung der Kinder von Mitgliedern und die Gewährung von Darlehen. Was Geistes Kinder die Macher sind, geht schon aus der Bestimmung hervor, wonach nur solche großjährige und unbescholtene Arbeiter der Fabrik aufzunehmend sind, die nicht bereits einem anderen, die gleichen Ziele verfolgenden Verein oder Unternehmen angehören. Wer also bereits Mitglied irgend eines Konsumvereins oder einer Bauernschaft ist, kann abgewiesen werden, wer aber einer Gewerkschaft angehört, darf nun schon gar nicht auf Aufnahme rechnen. Zur Aufnahme in den Verein ist der Vorschlag durch zwei Mitglieder des Vorstandes notwendig. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Dem Abgewiesenen steht die Berufung bei einem Schiedsgericht zu, das aus sieben Personen besteht. Von diesen gehören jedoch vier dem Vorstand an (!), die übrigen drei dürfen von den Mitgliedern gewählt werden. Außerdem haben die vier Vorstandsmitglieder unter sich noch den Vorsitzenden des Schiedsgerichtes zu wählen. Wirklich ein feines Schiedsgericht! Die Mehrheit seiner Mitglieder, der obendrein noch sein Vorsitzender angehört, urteilt in Sachen, an denen sie selbst beteiligt ist. Auf diese Weise werden natürlich höchst „objektive“ Schiedsprüche herauskommen. Die Einrichtungen des Vereins sollen bestehen aus den Aufnahmegebühren, den Mitgliederbeiträgen und sonstigen Zuwendungen. Auf diese „sonstigen Zuwendungen“ scheint man — gerade wie in Augsburg — von vornherein besonders zu rechnen, denn von den 50 Pf. Aufnahmegebühren und den 30 Pf. Monatsbeitrag, die die Mitglieder zu entrichten haben, kann unmöglich all das bestritten werden, was als Zweck dieses „Wohnungs- und Wohlfahrtsvereins“ angegeben wird. Höchst bezeichnend ist es nun, daß der erste Vorsitzende (im Falle der Verhinderung der zweite) allein berechtigt ist, solche „sonstigen Zuwendungen“ (als welche an anderer Stelle des Statutenentwurfes „Schenklungen, Legate, Vermächtnisse u. s. w.“ bezeichnet werden) anzunehmen. Bezeichnend ist ferner die Rechtlosigkeit der Mitglieder. Im Statut wird bestimmt, daß in den Mitgliederversammlungen zwar über die Vereinsangelegenheiten Bericht erstattet werden soll. Eine Diskussion und eine Beschlussfassung darüber zugunsten, ist nach dem Statut der Vorstand nicht verpflichtet. Die ordentliche Hauptversammlung ist nur beauftragt, den Jahresbericht und den Rechnungsbericht entgegenzunehmen und ferner Beschluß zu fassen über die Entlastung des Kassierers. Auch darf sie den Vorstand, die Revisoren und das sonstige Schiedsgericht wählen. Die ganze Geschichte aus den Erträgen haben, daß jedem halbwegs vernünftigen Arbeiter die Teilnahme an den Versammlungen verweigert wird, und daß diese zum Tummelplatz derjenigen werden, die sich bei der Direktion als liebe Kinder empfehlen möchten.

Herr Generalscharfmacher Bued hat sich neuerdings darin ver- sucht, Statuten für gelbe Vereine zu machen (siehe unsere Notiz über

„die reparierte Ehre des Herrn Bued“ in der heutigen Nummer). Schöner hätte Herr Bued das Statut für den Nürnbergberger Verein auch nicht machen können. Daß das Gewissen der „Gründer“ dieses Vereins nicht ganz ruhig war, scheint schon daraus hervorzugehen, daß sein „Vorstand“ es ablehnte, mit dem Arbeiterausschuß des Betriebes eine gemeinsame Sitzung abzuhalten, und dies damit motivierte, daß die Gründung des Vereins eine „Privatsache“ sei, in die der Arbeiterausschuß sich nicht zu mischen habe.

Am 28. September fand eine Fabrikversammlung der Arbeiter der Maschinenbau-Aktiengesellschaft statt, die zu diesem gelben Verein Stellung nahm. Nachdem der Referent, Kollege Seitz, dieses Nach- wört unter dem Befehl der Versammelten in gebührender Weise gekennzeichnet hatte, sprachen noch einige Redner im Sinne des Referenten, so daß der Vorsitzende am Schlusse der Versammlung voll- ständige Einstimmigkeit in der Verurteilung dieser famosen Gründung konstatieren konnte.

Kein Zusammenwirken mit Arbeitervertretern!

Nachdem der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes schon zwei Verhandlungen mit dem Vorstand des Arbeitgeberausschusses in der Holzindustrie gehabt hat, werden die genannten Vorstände im Laufe des Oktober in Rassel zum drittenmal zusammen- treten. Der Vorstand des Unternehmer-Verbandes hatte nunmehr den Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes um seine Zustimmung erucht, daß der Hirsch-Dunderscher Gewerksverein der Tischler und der christliche Holzarbeiter-Verband ebenfalls je einen Vertreter entsenden. Darauf hat der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes dem Unternehmer-Verband folgende Antwort erteilt:

„Wir halten nach wie vor an unserem Standpunkt fest, daß unsere Zustellungsverwaltungen in allen denjenigen Städten, wo die Mitglieder des christlichen Holzarbeiter-Verbandes oder des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins der Tischler in nennenswerter Zahl in Betracht kommen, bei Lohnbewegungen u. s. w. gehalten sein sollen, für ein gedächliches Zusammenarbeiten mit denselben einzutreten. Dagegen müssen wir unsererseits eine gemeinsame Verhandlung mit Vertretern des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins der Tischler und des christlichen Holzarbeiter-Verbandes in Gegenwart des Vorstandes des Arbeitgeberausschusses aus naheliegenden taktischen Rück- sichten vorläufig ablehnen. Einer solchen gemeinsamen Verhandlung müßte eine interne Beratung von Vertretern der genannten beiden Organisationen mit unseren Vorstandsvertretern vorausgehen, um zunächst untereinander eine allgemeine Verständigung herbeizuführen. Eine derartige Zusammenkunft von uns aus einzuleiten, sind wir gegenwärtig, namentlich infolge des fortgesetzten unsolidarischen Verhaltens des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins, nicht in der Lage, auch wissen wir nicht, ob auf Seite der beiden Organisationen eine solche Beratung gewünscht wird. Sollte ein dahingehender Vorschlag von denselben gemacht werden, so wird unser Vorstand gern dazu Stellung nehmen.“

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes kann in der nächsten Zeit etwas erleben. Die Gewerkschaftschriften und die Hirsch- dunderschen Blätter werden in derselben Weise heruntergemacht werden, wie es die verschiedenen Vertreter unseres Verbandes schon seit einer Reihe von Jahren haben über sich ergehen lassen müssen. Der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes ist aber durch seine unliebsamen Erfahrungen zu einer solchen Stellungnahme gezwungen worden. Auch die Holz- arbeiter-Zeitung sieht sich seit einiger Zeit zu einer viel schärferen Tonart gegen die christlichen und die Hirsch-Dunderschen Duerstreiber- organisationen genötigt. Und dabei haben diese in der Holzindustrie nicht entfernt so großen Umfang, wie in der Metallindustrie. Daß der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes sich veranlaßt sieht, ein Zusammenarbeiten mit solchen Organisationen abzulehnen, sollte den wenigen zu denken geben, die noch immer glauben, die Stellung, die von uns und vielen anderen Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter- Verbandes gegen die Führer der „Christlichen“ und der Hirsch- eingekommen wird, sei zu schwach.

Hirsch-Dundersiana.

Gewerksverein und Note Erde. In der Nr. 38 kommt der Regu- lator wieder einmal auf den Kampf gegen das Hüttenwerk „Note Erde“ bei Wachen zurück, gewissermaßen als Jubiläumfeier, da seit dem Streik ein Jahr verstrichen ist. Von unserer Seite ist das Mögliche zu der immer wiederkehrenden Aufspaltung des Ereignisses durch die Hirsche wiederholt gesagt worden. Jetzt geht auch das Hirschen- blatt: „Wäre die Uneinigkeit und Zwietracht vom christlichen Ver- band nicht hineingetragen worden, dann stände es heute anders auf dem Hüttenwerk Note Erde. Die Arbeiter, durch die fetten Streitig- keiten angeekelt, wenden sich ab (von den Hirschen??!) und Schritt vor Schritt versucht man nun, die erzwungenen Positionen ihnen wieder zu entreißen.“ Uneinigkeit und Zwietracht ist besonders von den Hirschen in den Kampf getragen worden, indem sie die Disziplin durchbrochen und, entgegen dem gefassten Beschluß, für ihren Gewerks- verein Sammellisten ausgaben. Der Artikelschreiber kommt dann auch zu unserer Parole in Nr. 34 der Metallarbeiter-Zeitung: „Zur Frage des Hüttenarbeiterstreikes.“ Wir schreiben aber nicht, „daß sich der Gewerksverein seit 40 Jahren um die Verbesserung der Lage seiner Mitglieder bemüht habe“, wie es uns der Regulator an- dichtet, sondern im Gegenteil waren wir der Ansicht, daß er sich in den 40 Jahren nicht ernstlich um die Lage seiner Mitglieder — ab- gesehen von dem Streik auf Note Erde — bekümmert habe. Das ist doch ein Unterschied. Dann heißt es: „Soviel Kenntnis muß man aber doch zum mindesten von einem organisierten Arbeiter verlangen können, daß er wissen muß, daß erstens Gelder aus der Hauptkasse für Nichtbezugsberechtigte nicht verwandt werden dürfen, und daß zweitens, wenn man einige Hundert solcher Leute zu unterfügen hat, bald ein paar tausend Mark lokaler Mittel ausgegeben sind.“ Die Behauptung war unrichtig. Um die Hauptkasse geht der Regulator herum, nämlich den Disziplinbruch durch eigenmächtige Ausgabe von Sammellisten, entgegen dem allgemeinen Beschluß. Wie will eine Organisation von ihren Mitgliedern Disziplin verlangen, wenn die Zeitung selbst in derart grober Weise die Regel durchbricht? Und jedenfalls waren die Hirsche doch wohl der Ansicht, mit der Gewerks- vereinskasse allein, ohne Sammellisten, den Kampf nicht in der eufordrerlich- n Weise führen zu können. Sonst hätten sie doch das Obium des Disziplinbruchs nicht auf sich genommen. Von der Feststellung dieser Tatsache heißt eine Maus einen Faden ab. X.

Hirshmaral. „Unterlegen ist keine Schande, aber deswegen andere verleumden, ist schimpflich.“ So schreibt Gleichauf in Nr. 40 seines Regulators. Ob er wirklich nicht mehr so weit denken kann, daß bis jetzt gerade von seinem Organ diese Praxis in der aus- giebigen Weise geübt wurde? Denn der Regulator hat doch bisher versucht, aus jeder Bewegung, die andere Organisationen geführt haben, eine Niederlage zu machen und behauptet, daß es eben eine Schande sei, so zu unterliegen, aber es sei begreiflich, weil die be- treffenden Arbeiter nicht im Gewerksverein wären, dort bliebe ihnen eine solche Schande erspart. Und was das Verleumden anbelangt, da freut es mich, wenn Gleichauf endlich einmal sieht, welcher schimpflichen Tätigkeit er sich hingeeben hat, seit er Redakteur ist. Er macht es ja im selben Artikel wieder in gewohnter Weise und will „beweisen“, daß wir die Arbeiter bei der Auswertung auf dem Schwarzwalde zur Zurücknahme der Kündigung aufgefordert hätten. Ja, wo ist denn das Geheimzirkular? Das Gleichauf ver- öffentlicht, ist an unsere Vertrauensleute gegangen mit der strikten Anweisung, alle Kollegen zu informieren, damit wir einer re- änderten Taktik der Unternehmer gegenüber gerüstet sind. Daß die Hirsche davon vielleicht nichts erfahren haben, hat seinen Grund eben darin, daß bei der Auswertung ganze acht Hirsche dabei waren und die nur deshalb, weil sie zu spät kamen, der Firma Jung- hans gegenüber die Versicherung unbedingter Gefolgschaft abzugeben, wie es die Oberherrsche rechtzeitig machten, um nicht ausgeperrt zu werden. Gleichauf schwindelt aber weiter. Er veröffentlicht eben nur, was ihm in den Kram paßt. Warum denn nicht auch die mit dem „Zirkular“ zusammenhängende Instruktion? Nun, der Vorstand zeigt, warum er dies unterläßt. Dieser ist:

Weiter kommt in Frage, daß die Kollegen sich unter keinen Umständen von den Unternehmern beeinflussen lassen. Ihr habt Zeit genug bis zum 22. dieses Monats, wo die Entlassungen erfolgen

sollen, so daß die Kollegen vorerst keine Aufregung zu haben brauchen. Es kann für uns nur eines geben: nicht der einzelne darf jetzt seine Kündigung zurücknehmen respektive gestatten, daß der Unternehmer dieselbe zurücknimmt, sondern wenn mit solchen Versuchen an euch herangeht, wird, habt ihr ruhig zu erklären, wie es in dem Zirkular heißt: „Ja, wir haben ja nicht gekündigt, wenn Sie niemand entlassen wollen, wir haben dagegen nichts einzuwenden.“ Also es gibt nichts anderes als wie: Kein Kollege zieht dort, wo der Mehrzahl gekündigt wurde, seine Unterschrift zurück. Bild der Arbeit- geber nicht entlassen, sind wir damit einverstanden.“

Hieraus einen Verrat zu konstruieren oder eine Anordnung, die der Arbeiterschaft schädlich wäre, kann nur der fertig kriegen, der so viel oder so wenig Ahnung von einer Bewegung hat, wie ein Gleichauf und der dann versucht, die Tatsachen umzulügen und andere dessen zu zeihen, was sein Handwerk ist: die fortgesetzte Verdröhung der Wahrheit.

R. Vorhöfger.

Auch ein Beitrag zur Hirsch-Dunderschen Hüttenarbeiterbewegung. „Wenn alles in Hüttenarbeiterbewegung macht, so müssen wir wohl auch etwas tun.“ Also sagte sich der Ortsverband der Hirsche zu Düsseldorf. Gesagt, getan. Flugzettel erließ er sich mit der — Zeitung des Düsseldorf Stadttheaters in Verbindung und bestellte, wie in Nr. 40 des Regulator mitgeteilt wird, die Aufführung des Dunderschen Schauspiels: „Der Hüttenbesitzer“, eines — vom literarischen Standpunkt betrachtet — völlig wertlosen Schmaranz, der beim Bourgeois-Theaterpublikum (vielleicht gerade deshalb) schon mehr als zwanzig Jahre sehr beliebt ist. Da kommt wenigstens das Wort „Hütten“ drin vor. Oder jählen die Düsseldorf Oberhirsche eine besondere Zuneigung zu der Arbeiterdeputation, die im dritten Akte des Stückes auftritt und deren Sprecher sich als echter und rechter Harmonieduffel entpuppt?

Ein wahres Wort des Gewerksvereins. Vor einiger Zeit ist in Bitterfeld eine Frau Preiß, Mutter von vier Kindern, mit ihrem Liebhaber durchgegangen, nachdem sie Gelder unterschlagen halte, die ihr in ihrer Eigenschaft als Kassiererin vom Bitterfelder Orts- verein des Gewerksvereins der Frauen Deutschlands anvertraut worden waren. In Halle wurde sie von der Polizei aufgegriffen, nachdem ihr Liebhaber sie hatte sitzen lassen. Die agrarische Deutsche Tageszeitung, das Blatt des berühmten Annon-Ortel, hatte fälschlich berichtet, es sei die Kassiererin einer freien Gewerks- schaft durchgebrannt. Dies wurde darauf von verschiedenen Partei- blättern berichtigt, ohne daß, soweit wir gesehen haben, darauf längere Reflexionen geknüpft wurden. Dazu bemerkt nun der Gewerks- verein (Nr. 76 vom 25. September, Seite 303) wehmütiglich:

„Die Tatsache an und für sich ist sehr betrübend und soll auch nicht entschuldigt werden. Die sozialdemokratischen und Gewerkschafts- blätter weisen nun mit geradezu beängstigender Entschiedenheit der „Womus“ zurück, daß es eine ihrer „Genossinnen“ ist, die sich jenen Fehltritt hat zuschulden kommen lassen. Das ist unseres Erachtens völlig überflüssig. Für das Vergehen eines einzelnen die Gesamtheit verantwortlich zu machen, zu der der einzelne gerade gehört, ist verwerflich. In jede Organisation, sei sie wirtschaftlicher oder politischer Art, können sich moralisch minderwertige Elemente einschleichen und ein Vertrauensamt mißbrauchen, das ihnen zufällig über- tragen wurde. Ein ausländischer Gegner wird davon niemals Gebrauch machen.“

Sehr richtig! Hauptsächlich machen die übrigen Hirsch-Dunderschen Blätter sich diese Erkenntnis des Gewerksvereins zu eigen und über- legen es sich in Zukunft mehr als einmal, wenn es wieder gilt, jemand herunterzureißen, der in der Arbeiterbewegung ein Ehrenamt bekleidet und das in ihn gesetzte Vertrauen mehr oder weniger gründlich miß- braucht. Da war bisher allemal großer Moralpaktel in den Hirschenblättern. Besonders taten sie solche Winkelblättchen, wie der Mitteldeutsche Kurier und die sogenannte Mitteldeutsche Volkszeitung dabei hervor. Das letztgenannte Blatt hat ja freilich jetzt besondere Ursache, hübsch still zu sein. Dem Redakteur Christian Lechner ist nämlich sein beher Freund, der Drucker des Blattes, der Buchdruckermeister Johannes Saube, durchgegangen. Auch dieser Herr spielte bei allerlei Hirsch-Dunderschen Veranlassungen eine große Rolle. Nachdem der erste Staatsanwalt in Raumburg über ihn wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrug die Untersuchungshaft verhängt und einen Steckbrief hinter ihm losgelassen hat, soll Saube in Hamburg verhaftet worden sein. Wäre so etwas bei einem sozialdemokratischen Blatte oder einem Gewerkschaftsblatt passiert, so hätte der alle ehrliebe Kritikan sicher wieder geschrieben: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Wieder einmal ein Artikel angefangen, worin er in moralischer Enttäuschung planlos über „Blatt von sozialdemokratischem Terrorismus“. Daß die dabei verkappten Schwarzgeschichten eskalieren und erlogen waren, kann so einen großen Geist natürlich nicht anfechten. Und doch muß dem Lechner schon um diese Zeit bekannt gewesen sein, daß in der Danderei seines Blättchens nicht alles in Ordnung ist, denn noch in Nr. 195 lautete das am Fuße des Blattes befindliche Impressum: Druck und Verlag: Weissenfeller Verlagsanstalt und Druckerer von Johannes Saube und Heinrich Höger. In der folgenden Nummer heißt es jedoch nur: Druck und Verlag: Weissenfeller Verlagsanstalt und Druckerer. Das man um diese Zeit die Namen aus der Firma entfernte, geschah sicher nicht ohne Grund. Dies alles hinderte den Lechner nicht, nach wie vor in seinem Blättchen einen Ton gegen die Arbeiterbewegung tätige Personen anzu- schlagen, der alle uns sonst zu Gesicht gekommenen Schimpfereien weit in den Schatten stellt. Sein Sündenfall seines Antonius Saube hat er seinen Lesern bis heute gewissenhaft verheimlicht. Wäre das ein Noter gewesen, ja dann — aber so ist es höchstens ein „Fehltritt“. Wir erinnern ferner an unsere Notiz in Nummer 40 (Seite 324) mit der Spitzmarke: „Ein Meinsall vor dem Kad.“ Aus all diesem geht zur Genüge hervor, daß es bei den Hirschen an mehr als einer Stelle stinkt, und wenn bei ihnen vielleicht der Zahl nach nicht so viele „Fehlritte“ vorkommen, wie in den Gewerkschaften, so geschieht dies schon aus dem Grunde, daß ja auch ihre Gesamtzahl so sehr viel geringer ist.

Wir kennen keine der Personen, die auf die oben angegebene Weise im Dienste der Hirsch-Danderei entgleist sind und jähler uns selbstverständlich keineswegs berufen, uns zu ihrem Richter aufzuwerfen. Soweit bei ihnen nicht eine anormale Beanspruchung vorhanden ist, sind auch sie die Produkte ihrer Verhältnisse und ihre Vergehen sind, ebenso wie bei anderen Personen, als die Folgen der privatwirtschaftlichen Produktionsweise anzusehen. Es würde von unbilliger Verleumdung der Sachlage zeugen, wenn man die Körper- schaften, denen die Entgleisten bislang angehört, für ihre Vergehen verantwortlich machen wollte. Was dem einen recht ist, muß aber auch dem anderen billig sein, und wenn so ein Hirsch- Dunderscher wieder einmal den Moralpaktel markieren will, so halte man ihm oberflächendes Zitat aus dem Gewerksverein vor.

Ein Königreich, ein Königreich für — ein Mitglied! Der Mensch- heit ganzerammer hat die Hirschenführer gepakt, in ihrer Ver- zweiflung machen sie nun die trümpflichsten Anstrengungen, um die Rückwärtsentwicklung ihrer Organisation aufzuhalten. Aber alles ist vergebens; ihre Bemühungen sind für die Kitz. Das schöne Geld, die großen Worte nützen nichts. Die blütenreichen Schimpfartikel Gleichaufs, die guten Lehren, die der berühmte Anton in allen Hirschenorganen feilbietet, seine Abkündigung der Unterhirsche im Tone eines Abraham a Sancta Clara, weil die unsicheren Arbeiter nicht erledigt werden — alles verpufft wirkungslos. Auch das uns nachgedrückte System der Regulator hat sich als nutzlos erwiesen, was aber auch dem anderen billig sein, und wenn so ein Hirsch- Dunderscher wieder einmal den Moralpaktel markieren will, so halte man ihm oberflächendes Zitat aus dem Gewerksverein vor.

Der Menschheit ganzerammer hat die Hirschenführer gepakt, in ihrer Ver- zweiflung machen sie nun die trümpflichsten Anstrengungen, um die Rückwärtsentwicklung ihrer Organisation aufzuhalten. Aber alles ist vergebens; ihre Bemühungen sind für die Kitz. Das schöne Geld, die großen Worte nützen nichts. Die blütenreichen Schimpfartikel Gleichaufs, die guten Lehren, die der berühmte Anton in allen Hirschenorganen feilbietet, seine Abkündigung der Unterhirsche im Tone eines Abraham a Sancta Clara, weil die unsicheren Arbeiter nicht erledigt werden — alles verpufft wirkungslos. Auch das uns nachgedrückte System der Regulator hat sich als nutzlos erwiesen, was aber auch dem anderen billig sein, und wenn so ein Hirsch- Dunderscher wieder einmal den Moralpaktel markieren will, so halte man ihm oberflächendes Zitat aus dem Gewerksverein vor.

